



30.11.2017

Bestandsaufnahme Agenda 2030

Informationssammlung zu SDG 1

Etat des lieux de l'Agenda 2030

Recueil d'informations pour l'ODD 1



Dieses Dokument fasst die Grundlagen der Bestandsaufnahme des Bundes zu SDG 1 der Agenda 2030 zusammen. Es dient als Informationssammlung und als Arbeitsgrundlage zur Einschätzung des Umsetzungsstands der Agenda 2030 hinsichtlich SDG 1 durch die Schweiz.

Die Erhebung widerspiegelt den Stand von November 2017. Sie erfolgte für jedes Unterziel (Target) und beinhaltet für jedes von diesen zwei Teile:

1. Sichtweise der Bundesstellen: Es wurden rund 40 Bundesstellen befragt oder konsultiert. Die Inhalte repräsentieren die jeweiligen Sichtweisen dieser Bundesstellen und wurden durch die jeweils federführenden Bundesstellen validiert. Sie sind nicht bundesintern konsolidiert und nicht durch den Bundesrat verabschiedet.
2. Sichtweise von nichtstaatlichen Akteuren: Diese Inhalte stammen aus einer online-Konsultation vom 26.06. bis 25.08.2017. An dieser haben rund 170 Organisationen aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft teilgenommen. Es besteht dabei kein Anspruch auf Konsens. Die abgebildeten Meinungen der nichtstaatlichen Akteure reflektieren ausschliesslich die Positionen der teilnehmenden Organisationen und sind nicht Resultat eines Meinungsbildungsprozesses. Die Rückmeldungen wurden nicht durch den Bund validiert und müssen somit nicht den Ansichten des Bundes entsprechen.

Weitere Informationen zur Bestandsaufnahme und der Online-Konsultation befinden sich im separaten Dokument «Erläuterungen zur Bestandsaufnahme und der online-Konsultation».

Ce document résume les bases de l'état des lieux de la Confédération concernant l'ODD 1 de l'Agenda 2030. Il sert de recueil d'informations et de base de travail à l'estimation du degré de mise en œuvre de l'ODD 1 de l'Agenda 2030 en Suisse.

Ce recensement reflète l'état en novembre 2017. Il a été réalisé pour chaque cible (target) et comprend pour chacune d'elles deux parties.

1. *Point de vue des services fédéraux : environ 40 services fédéraux ont été interrogés ou consultés. Les contenus représentent les points de vue respectifs de ces services et ont été approuvés par les services fédéraux compétents. Ils ne sont pas coordonnés au niveau de la Confédération ni adoptés par le Conseil fédéral.*
2. *Point de vue des acteurs non étatiques : ces contenus sont issus d'une consultation en ligne du 26 juin au 25 août 2017 à laquelle près de 170 organisations des domaines de l'économie, de la société civile et de la science ont participé. Ce point de vue ne présente pas de droit au consensus. Les points de vue des acteurs non étatiques représentent les positions des organisations participantes exclusivement et ne sont pas le résultat pas d'un processus de formation d'opinion. Les réponses n'ont pas été validées par la Confédération et ne correspondent donc pas obligatoirement à sa position.*

D'autres informations concernant l'état des lieux et la consultation en ligne se trouvent dans le document « Explications concernant l'état des lieux et la consultation en ligne ».

Inhaltsverzeichnis – Table de matière

| | |
|-------------------------|-----------|
| Target 1.1 | 3 |
| Target 1.2 | 14 |
| Target 1.3 | 23 |
| Target 1.4 | 30 |
| Target 1.5 | 39 |
| Target 1.a | 46 |
| Target 1.b | 53 |

Target 1.1

| Target-Information | |
|--------------------|---|
| SDG-Target: 1.1 | By 2030, eradicate extreme poverty for all people everywhere, currently measured as people living on less than \$1.25 a day. |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|--|---|
| Ebene der Bestandesaufnahme | International | |
| Zielsetzung des Bundes (international) | Die Schweiz engagiert sich dafür, die verschiedenen Formen von Armut, Verletzlichkeit und Ausgrenzung sowie Ungleichheiten in ihren Partnerländern zu verringern und bessere Perspektiven zu schaffen. | |
| Grundlage der Zielsetzung des Bundes | Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | In der Zielsetzung der Schweiz ist die Armut als mehrdimensionales Phänomen definiert. Die Bekämpfung der extremen Armut ist somit auch im Ziel wiedergespiegelt. | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Ja. |
| Indikator Schweiz | Kein Indikator | Bemerkungen: Es handelt sich um eine internationale Zielsetzung des Bundes. |
| SDG IAEG Indikator | 1.1.1 Proportion of population below the international poverty line, by sex, age, employment status and geographical location (urban/rural) | Bemerkungen: Der Indikator ist produzierbar. |

| Beiträge der Schweiz | |
|---|--|
| Auf Bundesebene | |
| <p>International: Die Bekämpfung von Armut in all ihren Formen steht im Zentrum der internationalen Zusammenarbeit des Bundes, wobei von einem mehrdimensionalen Armutsbegriff ausgegangen wird, der die verschiedenen menschlichen Grundbedürfnisse (wirtschaftliche, soziale, politische, soziokulturelle und Schutzaspekte) umfasst. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Frauen und die Schwächsten der Gesellschaft, namentlich Kinder, Jugendliche und ältere Menschen gelegt. Beiträge zur Armutsbekämpfung werden auf verschiedenen Ebenen geleistet wie z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in zwanzig Ländern und Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie Humanitären Hilfe mit Fokus auf Armutsreduktion. • Erreichung der ärmsten Bevölkerungsschichten besonders durch Programme in den Bereichen Grundausbildung, Ernährungssicherheit, Zugang zu Wasser und sanitäre Einrichtungen und Gesundheit • Mehr als 70 Projekte, welche die Einrichtung von sozialen Sicherungssystemen unterstützen, die die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten erreichen sollen • Beiträge an die internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (international Development Association, IDA) und an das UN Development Programm (UNDP), die die ärmsten Länder und Bevölkerungsschichten unterstützen, Ungleichheiten zu verringern und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, um so die Armut zu bekämpfen <p>Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020, für die Schweiz verbindliche völkerrechtliche Standards finden sich u.a. zum Right to an adequate standard of living in den Art. 25 AEMR; Art. 11 ICESCR; Art. 27 CRC; zum Right to social security in den Art. 22 AEMR; Art. 9 ICESCR; Art. 28 CRPD und Art. 26 CRC sowie zu den Equal rights of women in economic life in den Art. 11, 13, 14(2)(g), 15(2), 16(1) CEDAW.</p> | |

| |
|--|
| Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene |
| <ul style="list-style-type: none"> • Kantone und Gemeinden unterstützen zum Teil Projekte in Entwicklungsländern über dezentrale internationale Kooperation. |
| Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure |
| <p>Sowohl Schweizerische Entwicklungsorganisationen, wie auch der Privatsektor und die Forschung leisten wichtige Beiträge an die Armutsreduktion.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zivilgesellschaftliche Organisationen der Schweiz unterstützen die Bekämpfung von Armut z.B. mit Projekten in Entwicklungsländern für arme und benachteiligte Bevölkerungsschichten, um extreme Armut zu bekämpfen. • Der Privatsektor ist ein wichtiger Akteur für Investitionen und Schaffung von Arbeitsplätzen in Entwicklungsländern. • Die Forschung trägt dazu bei, dass Ursachen von Armut effizienter bekämpft werden können. <p>Partnerschaften des Bundes mit diesen Akteuren ermöglichen es, die unterschiedlichen Kompetenzen gezielt zu nutzen und einzusetzen,</p> |

| |
|--|
| Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz |
| Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz |
| <p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Als Geberin in multilateralen Entwicklungsorganisationen wie der Weltbank kann die Schweiz einen wichtigen Beitrag leisten, dass diese Programme genügend auf die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten ausgerichtet werden. • Angesichts der Finanzknappheit in den öffentlichen Budgets wird es auch in Zukunft eine Herausforderung sein, dass die Schweiz international angemessene Beträge für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit leisten kann. Gleichzeitig wachsen die Ansprüche, die Mittel der internationalen Zusammenarbeit auch für andere globale Herausforderungen, wie etwa den Klimawandel und der Migration zu verwenden. • Als wichtiger Finanzplatz und Heimat von multinationalen Firmen hat die Schweiz ein Potential, zusätzliche Mittel für die Entwicklung zu mobilisieren. • Zurzeit gibt es noch ungefähr 1 Milliarde Menschen, die in extremer Armut leben. Diese durch systemische Interventionen zu erreichen stellt eine Herausforderung dar. Die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten haben noch kaum vom gesamten Wachstum und der Entwicklung profitiert. • Fehlende Daten zu extremer Armut sind eine grosse Herausforderung. Ohne verlässliche Datengrundlagen ist es schwierig zu planen, und Fortschritte können nicht dokumentiert werden. |

| | |
|----------------------------------|------------|
| Involvierte Bundesstellen | |
| National involviert | - |
| International involviert | DEZA, SECO |

| | |
|---|---|
| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | Scuola Vivante: "Wir fördern das Bewusstsein, sich als mitfühlender Teil des Ganzen wahrzunehmen." |
| | Swiss Fair Trade und seine Mitglieder verfolgen das Ziel durch den Fairen Handel Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ins Zentrum der Handelsstrukturen zu stellen, damit sich jeder Mensch eine sichere Lebensgrundlage schaffen kann und nicht in Armut leben muss. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Poor and disadvantaged women and men in the programme areas, HELVETAS' primary stakeholders, have improved their livelihoods in a sustainable and resilient manner. |

| | |
|--|--|
| | economiesuisse: Das wirkungsvollste Mittel gegen Armut ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu tragen die Schweizer Unternehmen mit ihren Aktivitäten bei. |
| | Fondation sanu durabilitas: D'une manière plus générale, en sa qualité de think tank scientifique, sanu durabilitas a pour objectif d'analyser les défis pour la société, l'environnement et l'économie dans une perspective axée sur les ressources et l'identification des acteurs importants. Son approche se concentre sur la gestion des ressources naturelles, manufacturées, humaines et sociales. Notre fondation estime qu'un environnement intact est une condition impérative pour lutter contre la pauvreté. |
| | Caritas understands 'the expansion of people's opportunities and capabilities to live long, healthy and creative lives and to advance other goals they have reason to value' |
| | Der WWF setzt alles daran, dass die Menschen im Einklang mit der Natur leben. Armutsbekämpfung spielt dabei eine zentrale Rolle in unseren Projekten in unseren Fokusregionen. |
| | CBM Schweiz: Die Lebensqualität von Menschen mit Behinderungen in den ärmsten Ländern der Welt verbessern. |
| | Die Firma ecos setzt sich für eine nachhaltige Lebensstile und Konsum und fördert den Dialog zwischen öffentlicher Hand, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. Unter anderem setzt sich ecos für den fairen Handel ein und für nachhaltige textile Wertschöpfungsketten. Beide Bereiche setzen sowohl in der Schweiz, wie auch im Weltsüden bei der Armutsbekämpfung an. Der Bereich Armutsbekämpfung wird nicht explizit erwähnt, ist aber in vielen der 8 Schwerpunkten implizit gedacht. |
| | Das Swiss TPH hat das Mandat ein Beitrag zur Reduktion von Armut zu leisten. Das Swiss TPH setzt sich ebenfalls zum Ziel die Situation von vulnerablen Gruppen (z.B Flüchtlinge, Asylbewerber, Menschen mit Behinderung) zu leisten. |
| | Genossenschaft Schweizer Milchproduzenten SMP: Berücksichtigen der Nachhaltigkeit (soziales, Ökonomie und Umwelt sowie Tierwohl) auch beim internationalen Handel, insbesondere bei Freihandelsabkommen. |
| | Indem gebana von Kleinbauern kauft, die biologische Produktion fördert und Arbeitsplätze schafft, generieren wir Einkommen und unterstützen die Selbstbestimmung der Menschen in den Produktionsländern. |
| | arbeitskreis tourismus & entwicklung: Tourismus als einer der global mächtigsten und am schnellsten wachsenden Sektoren wird zunehmend als Instrument zur Überwindung der Armut propagiert. Dazu braucht es aber eine klare Ausrichtung auf Partizipation, Respekt der Menschenrechte und Empowerment von benachteiligten Menschen in den Zielländern. Ansonsten verstärkt Tourismus bestehende Armut und soziale Ungleichheit. |
| | FAIRMED: Reduktion der Armutskrankheiten, insbesondere der Vernachlässigten Tropenkrankheiten zur Durchbrechung des Teufelskreises von Armut und Krankheit. |
| | ICC steht seit der Gründung 1919 für "peace and prosperity through trade and investment". Offenen Märkten kommt bei der Zielerreichung eine zentrale Bedeutung zu. |

| | |
|--|--|
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Die Evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich arbeitet an vielen Projekten, die der Reduzierung von Armut dienen. Im Feld des interreligiösen Dialogs und entsprechender internationaler Projekte ist die Landeskirche konkret an Flüchtlingshilfe und entsprechenden Projekten zur Armutsbekämpfung beteiligt. |
| Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann | Swiss Fair Trade: Mit der Förderung des Fairen Handels in der Schweiz schafft Swiss Fair Trade einen Absatzmarkt für fair gehandelte Produkte. Damit erhalten Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit ihre Erzeugnisse zu einem stabilen Preis zu verkaufen. Durch die Fair Trade-Prämie können Bauern in die nachhaltige Entwicklung ihrer Gemeinschaft investieren, was zu einer langfristigen Verbesserung der Lebensumstände und Verringerung der absoluten Armut vor Ort führt. |
| | Alliance Sud setzt sich in den parlamentarischen Debatten dafür ein, dass die Mittel für die EZA nicht weiter gekürzt sondern erhöht werden. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Durch die verschiedenen Programme der Entwicklungszusammenarbeit. |
| | economiesuisse: Das wirkungsvollste Mittel gegen Armut ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dazu tragen die Schweizer Unternehmen mit ihren Aktivitäten bei. |
| | Sanu durabilitas veut contribuer à améliorer les conditions de vie de tous les habitants de la planète. Même si ses actions ont lieu principalement en Suisse, elles ont indirectement un impact au niveau international. |
| | Caritas Schweiz setzt jährlich 50 bis 60 Millionen CHF in humanitären und Entwicklungsprojekten um, um Armut in all ihren Dimensionen zu bekämpfen. |
| | Alle WWF Auslandprojekte wollen die wirtschaftlichen Bedingungen der Menschen verbessern (Armutskomponente), indem sie eng in die Planung und Verwaltung von Schutzgebieten einbezogen werden und ihnen alternative Einkommensmöglichkeiten aufgezeigt werden, welche die Ressourcen in Wäldern, Meere etc. schonen. Der WWF arbeitet mit Gemeinschaften im Kaukasus, Namibia, Madagaskar, Mekonggebiet, Amazonasgebiet, Atlantikwald, Korallendreieck und in China. |
| | Universität Bern, Centre for Development and Environment: Das CDE beteiligt an Diskussionen und Austausch mit der Bundesverwaltung zu Kohärenzfragen im Bereich von Handel, Rohstoffe und Illicit Financial Flows. Forschung zu landwirtschaftlichem Strukturwandel und ländlichen Arbeitsverhältnissen im Globalen Süden: www.fate.unibe.ch |
| | CBM Schweiz engagiert sich in 10 Schwerpunktländern (Bolivien, Burkina Faso, Ecuador, Indien, Laos, Madagaskar, Nepal, Pakistan, Peru, Tschad) für die Armutsreduktion von Menschen mit Behinderungen und ihre Inklusion in die Gesellschaft. Den Kreislauf zwischen Armut und Behinderung gilt es zu durchbrechen, denn Menschen mit Behinderungen gehören in den meisten Ländern zu den ärmsten Bevölkerungsschichten und müssen daher zwingend miteinbezogen werden, soll das SDG 1.1 erreicht werden. |

| | |
|--|---|
| | <p>Brücke · Le pont trägt dazu bei, dass benachteiligte Menschen in Afrika und Lateinamerika ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und ihre Armut durch eine faire und nachhaltige sozioökonomische Entwicklung überwinden.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützungsleistungen zur Förderung lokal und regional bedeutender Wertschöpfungsketten des Agrar- und Nahrungsmittelsektors mit dem Ansatz der systemischen Marktentwicklung (M4P). - Unterstützungsleistungen zur Gründung und/oder Entwicklung von Kleinst- und Kleinunternehmen. - Unterstützungsleistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt. - Förderung von Arbeitsrechten (Verbesserung der Rahmenbedingungen). - Förderung von beruflichen Kompetenzen. |
| | <p>ecos: Der Faire Handel steigert das Einkommen und die Produktivität von Kleinproduzenten und Bauernfamilien. Das Einkommen wird durch den Fair Trade-Mindestpreis und langfristige Verträge stabilisiert und erhöht. Durch die Fair Trade-Prämie werden Investitionen in die Produktionstechnologie und Weiterbildungen möglich, welche die Produktivität der Kleinbauern steigert. ecos setzt sich vor allem für faire Arbeitsbedingungen in der textilen Wertschöpfungskette vom BW-Feld bis zum Konsumenten ein.</p> |
| | <p>CHOCOSUISSE: Entwicklungsprojekte von Schweizer Schokoladeherstellern in Kakaoanbaugebieten. Engagement der Branche im Rahmen der Plattform für nachhaltigen Kakao. Mitgründung der Schweizer Plattform für Nachhaltigen Kakao Direkte Lieferbeziehungen von Schweizer Schokoladeherstellern mit langfristigen Verträgen mit Kakaobauern.</p> |
| | <p>Der Migros-Unterstützungsfonds unterstützt soziale und ökologische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz und weltweit. Dafür stehen jährlich CHF 1 Mio. zur Verfügung. Die berücksichtigten Projekte haben zum Ziel, Minderheiten zu fördern und die regionale Bevölkerung mit einzubeziehen. Sie verfolgen das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und sind nachhaltig. Im Sinne Duttweilers unterstützt der Fonds benachteiligte Personengruppen, darunter Kinder, Jugendliche und Frauen.</p> |
| | <p>Swiss TPH: Im Auftrag des SBFJ sowie der Universität Basel, ist das Swiss TPH leading house für wissenschaftliche Zusammenarbeiten mit Südafrika, Tanzania und der Côte d'Ivoire (Ifakara Health Institute, Tanzania; Centre Suisse de Recherches Scientifiques en Côte d'Ivoire)</p> |
| | <p>Junior Chamber International Switzerland, par le biais d'actions locales, œuvre pour une réduction de la pauvreté. Par exemple avec JCI La Côte Vaudoise, nous menons depuis 10 ans deux actions autour de Noël: les cornets du cœur (distribution de cornets de Noël à des personnes âgées seule avec peu de famille) et les bistros du cœur, repas de Noël avec ces mêmes personnes. Nous n'avons pas de programme au niveau national sur ce thème.</p> |
| | <p>UBS: The USD 50 million Loans for Growth fund provides capital to local entities in frontier and emerging markets that provide financing to local SMEs. It promotes entrepreneurship, job creation and inclusive economic growth in local economies while offering attractive financial returns to investors. The public-private</p> |

| | |
|--|--|
| | partnership between UBS, Symbiotics (fund manager) and the SECO will activate private sector capital towards promoting the SDGs. |
| | Fastenopfer: In seinen Programmen im Süden leistet Fastenopfer einen Beitrag zur Armutsreduktion, insbesondere zur Reduktion von Hunger, in seinen internationalen Programmen leistet Fastenopfer einen Beitrag zur Sensibilisierung der Schweizer Bevölkerung für Ausgrenzung, Armutsproblematik und globale Ungleichheit |
| | Die Berner Fachhochschule leistet fachliche Unterstützung und Beiträge zu vielen der von Bund oder NGOs finanzierten internationalen Projekte insbesondere in den Bereichen Berufsbildung und Ernährungssicherheit. Teilweise arbeiten wir auch direkt mit NGOs, Hochschulen oder Regierungen vor Ort in den Ländern selber zusammen. |
| | Service Agenda 21 - Ville durable, Ville de Genève: http://e1.messaggio.agency/vdg/#view/dgvs En 2016, la Ville de Genève a soutenu 146 actions dans 38 pays à travers le monde. |
| | gebana generiert Arbeitsplätze vor Ort über den Aufbau von neuen, nachhaltigen Produktions-, Verarbeitungs- und Exportstrukturen in Entwicklungsländern und den Handel mit entsprechenden Gütern. (Erschliessung Absatzkanäle in der Schweiz, Europa und Übersee). |
| | arbeitskreis tourismus & entwicklung: Erarbeitung und Bereitstellung von Grundlagen sowie Kooperation mit DEZA, SECO und Entwicklungsorganisationen zu Tourismusprojekten in der internationalen Zusammenarbeit sowie für die Berufsbildung. |
| | FAIRMED setzt sich in Länder im Kongobecken und auf dem indischen Subkontinent (Nepal bis Sri Lanka) für eine Verbesserung der Gesundheit der Ärmsten ein, was einen direkten und indirekten Beitrag zu Armutsreduktion ist. |
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Im Rahmen der Arbeit der Hilfswerke (u.a. HEKS) leistet die Evang.-ref. Landeskirche des Kantons Zürich entsprechende Beiträge, aber auch über die kantonal ausgerichtete Unterstützung von Flüchtlingen im Kt. ZH (Betreuung vor Ort, monetäre Unterstützung, Gewährung von Kirchenasyl in bestimmten Notlagen etc.) |
| Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs) | Swiss Fair Trade: Förderung des Absatzmarktes im Norden darf nicht vernachlässigt werden, ansonsten können Fair Trade-Produzenten ihre Erzeugnisse nicht verkaufen und ihre Lebenslage verbessern. |
| | Alliance Sud: Kohärenzfragen betreffen insb. das Finanzdepartement sowie den Gesamtbundesrat, der nicht bereit ist, einnahmeseitig mehr Mittel für den Bundeshaushalt zu sprechen. Ebenfalls bestehen Kohärenzfragen zu der Aussenwirtschaftspolitik, der internationalen Steuer- und Finanzpolitik, dem Justizdepartement (bezüglich Regulierung im Bereich Business und Menschenrechte). |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Inkohärenz zwischen dem EZA-Engagement der Schweiz und der Aussenwirtschaftspolitik. |

| | |
|--|--|
| | economiesuisse: Neben Arbeitsplätzen ist auch der Zugang zu Absatzmärkten entscheidend. Die Abschottung der Schweizer Agrarpolitik steht damit im Gegensatz zu besseren Zugang der ärmsten Länder zu unserem Markt. |
| | Schweizerisches Rotes Kreuz: Innenpolitische Ziele überlagern diese Zielsetzung (Finanzierung von Migration in der CH vs. IZA) |
| | Fondation sanu durabilitas: Les actions entreprises en Suisse ne favorisent pas suffisamment une approche intégrative, s'interrogeant sur l'état des ressources, en dressant un bilan des différents usages, des acteurs impliqués et des conditions générales aux plans politique et institutionnel. Les politiques de la Confédération sont encore trop sectorielles. |
| | Caritas Schweiz: Handels- und Finanzpolitik und Entwicklungspolitik sind oftmals inkohärent (Stichwort Steuerflucht, Geldwäscherei, unethische Handelsbeziehungen). |
| | WWF Schweiz, Alpen Initiative & Schweizerische Energie-Stiftung SES: Es bestehen Inkohärenzen in der Art, wie Schweizer Unternehmen im Ausland tätig sind, und welche Konsequenzen daraus für die lokale Bevölkerung resultieren bzw. wie deren Landrechte respektiert/ignoriert werden, ob Gewässer oder die Luft übermässig verschmutzt werden oder Ökosysteme wie Tropenwälder bspw. Palmöl- oder Sojaplantagen weichen müssen. |
| | Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Der Hurra-Bericht des SECO über die "Wirtschaftliche Bedeutung der Freihandelsabkommen für die Schweiz" vom Okt. 2016 zeigt auf, wie gross der Nachholbedarf in Sachen Kohärenz ist. Der Bericht erwähnt die Agenda 2030 mit keinem Wort und schweigt sich darüber aus, wie die Handelspolitik zur SDG-Zielerreichung beitragen kann. Offene Märkte sind gut, aber nur, wenn sie in einem starken Rahmen für soziale und ökologische Nachhaltigkeit und Verteilungsgerechtigkeit gefasst sind. Dazu SECO kein Wort. |
| | Universität Bern, Centre for Development and Environment: Es bestehen Kohärenzprobleme zwischen dem Ziel der Armutsbekämpfung im Süden, der schwachen Regulierung von Rohstoffhandelsfirmen und anderer internationaler Firmen sowie im Bereich vom Handel - insbesondere auch im Agrarhandel. Handelspolitik (Freihandel) vs. protektionistische Agrarpolitik nach innen |
| | CBM Schweiz: Es fehlt ein ganzheitlicher Ansatz des Bundes: Die Schweiz raffiniert bspw. 90% des Goldes aus Burkina Faso. Dort hat die Goldgewinnung schädliche Folgen für die Bevölkerung, u.a. im Bereich der psychischen Gesundheit, was wiederum zu Armut führt, ein Bereich, in dem sich CBM engagiert. Wir pflastern also dort, wo die CH Wirtschafts(-ausser)politik versagt, weil sie keine verbindlichen Regeln zur Einhaltung von Arbeitssicherheit und Arbeitsrecht von den in der CH ansässigen Firmen einfordert. |
| | Brücke · Le pont: - Ausbau der Mittel im Asylwesen sowie in der humanitären Hilfe führen zum Rückgang der direkten Armutsbekämpfung durch die Entwicklungszusammenarbeit. - Höherer Stellenwert von privatwirtschaftlichen Akteuren und PPPs beim SECO führt z.T. zu Zielkonflikten in der Entwicklungszusammenarbeit (DEZA, NGOs). - Menschenrechtsstaat (Aussenpolitik) vs. liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Armut und Ungleichheit fördert |

| | |
|--|--|
| | <p>ecos: Armutsbekämpfung sollte neben Zero Hunger sollte eines der Hauptziele weltweit sein und auch innerhalb der SDG's, dementsprechend sollte der Bund sich hier auch gezielt einsetzen, einerseits durch hungerbekämpfende Aktivitäten im Weltsüden und andererseits durch Aktivitäten in der Schweiz, wie Förderung von gerechten Handelsbeziehungen und nachhaltiger öffentlicher Beschaffung.</p> |
| | <p>Agenda 21 Wohlen bei Bern: Die Massnahmen zum Verringern von Armut sind vor allem reaktiv in Form von humanitärer Hilfe und EZA. Doch die institutionellen Voraussetzungen, die systematisch zur Armut grosser Teile der Menschheit führen und dadurch Menschenrechte indirekt verletzen, werden ungenügend angegangen. Diese müssten im Zentrum der Transformationsdiskussion stehen, um eine Grundlage für Politikkohärenz zu erarbeiten.</p> |
| | <p>CHOCOSUISSE: Empfehlungen zu weniger Schokoladekonsum aus ökologischen Gründen (BAFU) oder aus gesundheitlichen Gründen würden dem Ziel der Förderung der Kakaobauern widersprechen. Weiter würden auch zu restriktive Vorgaben z.B. bei Restwerte für DEET (Mückenschutz) oder Kadmium im Widerspruch stehen zur Unterstützung der Kakaobauern.</p> |
| | <p>Fastenopfer: Finanz- und Wirtschaftspolitik können zuungunsten von Ländern des Südens ausgestaltet werden, wenn sie im Eigeninteresse der Schweiz liegen oder Wirtschaftsinteressen für solche Strukturen erfolgreich lobbyieren, die Armut und Ungleichheit im Ausland fördern.</p> |
| | <p>Berner Fachhochschule BFH: Zielkonflikte bestehen unter anderem zwischen der Landwirtschaftspolitik, die Schweizer Bauern vor billigen Konkurrenzprodukten aus dem Ausland schützt und ihnen z.T. Preise über dem Weltmarkt garantiert, und der Entwicklungszusammenarbeit, welche in armen Ländern die Ernährung sichert und gleichzeitig dazu beiträgt, dass diese über den Export von Nahrungsmitteln auch ihre Armut reduzieren können (Beispiele: Zucker, Milch)</p> |
| | <p>gebana AG: Regulative Massnahmen im Bereich Import/Zoll/Qualität/Bio-Verordnung sind so zu gestalten, dass sie den Zugang für nachhaltige Produkte von Kleinbauern aus Entwicklungsländern nicht behindern.</p> |
| | <p>arbeitskreis tourismus & entwicklung: Mangelnde Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Akteuren zu globalem Tourismus und nachhaltiger Entwicklung auf Bundesebene, inkl. Berufsbildung, mit NGOs der internationalen Zusammenarbeit und Sensibilisierung auf Entwicklungsfragen sowie Bildungsinstitutionen.</p> |
| | <p>FAIRMED: Widersprüche von ökonomischen Interessen mit dem Ziel der Armutsreduktion.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Kohärenz besteht sicherlich in der Analyse der entsprechenden Zielgruppen, die durch Armut betroffen sind, auf nationaler und auf internationaler Ebene. Z.B. sind Armutsbetroffene bzw. Armutsgefährdete in allen Ländern insbesondere Frauen mit Kindern sowie ältere Menschen.</p> |

| | |
|---|--|
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Scuola Vivante: Herausforderung, die Ziele wirklich zu einem gemeinsamen Projekt werden zu lassen, bei dem alle Verantwortung übernehmen in ihrem Bereich</p> |
| | <p>Alliance Sud: Anerkennen, dass die Schweiz ein Interesse an einer fairen und gerechten Welt hat. Dass staatliche Regulierungen notwendig sind, um den Respekt der Menschenrechte durch Unternehmen durchzusetzen.</p> |
| | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: Erhöhen der EZA-Mittel für Armutsbekämpfung inkl. Berufsbildung, sustainable rural economy etc. Erhöhen der Mittel für Anpassungen an den Klimawandel zugunsten armer und exponierter Regionen in EL. Einbinden des Privatsektors: striktes Einhalten von Sozial- & Umweltstandards.</p> |
| | <p>economiesuisse: Die Schaffung von Arbeitsplätzen bedingt eine angemessene Sicherung der Investitionen. Entsprechend ist auch der Investitionsschutz in die Aktivitäten des Bundes aufzunehmen. Hier ist seine Verantwortung zentral und nicht delegierbar, während andere der angeführten Aktionen auch von dritten Akteuren wahrgenommen werden können.</p> |
| | <p>Fondation sanu durabilitas: Il est urgent que la politique, l'économie et la société trouvent les moyens de maintenir la capacité de renouvellement des ressources (naturelles, manufacturées, humaines et sociales) afin d'assurer la durabilité de leurs usages, de manière équitable. Sans une telle prise en compte, il ne pourra y avoir éradication de la pauvreté. Au niveau de la coopération internationale, il s'agit d'atteindre le 0.7% du PIB au lieu du 0.5%.</p> |
| | <p>Caritas Schweiz: Handels- Finanz und Aussenpolitik sollen ebenfalls im Zeichen der Menschenrechte und Armutsverminderung stehen.</p> |
| | <p>WWF Schweiz: Die Schweizer Regierung sollte 0.7% ihres BIP (anstatt unter 0.5%) für die internationale Zusammenarbeit bereitstellen. Kürzungen im Kredit für die IZA helfen nicht, Ziel 1.1 zu erreichen.</p> |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Hauptproblem besteht darin, dass die (fortschrittliche) aussenpolitische Rhetorik des Bundes mit der katastrophalen Finanzpolitik der rechtsbürgerlichen Mehrheit in Bundesrat und Parlament in einem Missverhältnis steht. Die SP fordert seit langem, dass die Schweiz endlich 0.7% BNE für IZA einsetzt und die entwicklungspolitische Kohärenz insgesamt erhöht. Angesichts der Vervielfältigung der Aufgaben, die sich die Schweiz mit der Agenda 2030 gesteckt hat, ist beides dringender denn je.</p> |
| | <p>Universität Bern, Centre for Development and Environment: Die Zielsetzung sollte nicht nur auf die Botschaft zur IZA hinweisen, sondern auch auf die Verbesserung der Politikkohärenz zur Förderung der Nachhaltigen Entwicklung. In verschiedenen Politikbereichen hat die Schweiz einen Einfluss, der über die IZA hinausgeht. Z.B. Regulierung des Bankplatzes; des Rohstoffhandels und des Standorts von internationalen Firmen</p> |

| | |
|--|--|
| | generell sowie des Aussenhandels. Es benötigt nebst monetärem auch ein komplementäres Armutsmass. National: Einigung auf der Basis der SKOS |
| | CBM Schweiz: Um einen Beitrag zur Armutsreduktion zu leisten, muss der Bund in seinen Projekten systematisch Menschen mit Behinderungen berücksichtigen und zwar gemäss dem Twin Track Approach (behinderungsspezifische Projekte + Mainstreaming). Es reicht zudem nicht aus, Menschen mit Behinderungen unter «schwache und marginalisierte Gruppen» zu subsumieren, denn damit droht, dass sie vergessen und diskriminiert werden. Für die Erfolgsmessung ist es unabdingbar, Daten zu Menschen mit Behinderungen zu erfassen |
| | Brücke · Le pont: - SDGs als Referenzrahmen für Innen- und Aussenpolitik - Keine Instrumentalisierung der Armutsbekämpfung für aussenwirtschaftliche, aussenpolitische und innenpolitische Zwecke - Verteidigung der 0.5% des BNE für EZA und Zielanstrebung 0.7% - Freihandelsabkommen/Investitionsschutzabkommen müssen Nachhaltigkeit und Menschenrechte achten - Konzerne mit Sitz in der Schweiz achten Menschenrechte |
| | ecos: Vor allem auf nationaler Ebene sollte Fairer Handel gefördert werden und die die global aktiven Firmen sollten in die Pflicht genommen werden, dass die Länder nicht weiter ausgebeutet werden und Armut verstärkt wird. |
| | Agenda 21 Wohlen bei Bern: Die geleistete Armutsbekämpfung in den Partnerländern muss mit Fortschritten auf institutioneller Ebene einhergehen, um eine dauerhafte und positive Entwicklung erreichen zu können. Eine Zusammenarbeit auf Staatenebene in verschiedenen Sektorpolitiken muss ergänzend stattfinden, um die Fortschritte in der Armutsverringerungen überregional und national zu sichern. |
| | Fastenopfer: Die Schweiz ist insbesondere herausgefordert, ihren ODA-Anteil zu steigern, Steuerschlupflöcher zu stopfen und sich für globale Rahmenbedingungen zugunsten der Durchsetzung von Menschenrechten und Umweltstandards auch in Ländern des Südens einzusetzen, insbesondere, wenn solche durch in der Schweiz ansässige Firmen verletzt werden. |
| | arbeitskreis tourismus & entwicklung: Klare Ausrichtung von Tourismusvorhaben der internationalen Zusammenarbeit auf Armutsbetroffene und benachteiligte Bevölkerungsgruppen sowie die Stärkung ihrer Rechte. Entsprechender Ausbau der Berufsbildung in den Zielländern und in der Schweiz - siehe 4.7. Klare Stellungnahme der Schweiz zugunsten Nachhaltigkeit und Respekt der Menschenrechte im Rahmen der Zusammenarbeit mit der UN Welttourismusorganisation (UNWTO). |
| | FAIRMED: Widersprüche von ökonomischen Interessen mit dem Ziel der Armutsreduktion mutig zu thematisieren und ernsthaft angehen. |
| | ICC Switzerland: Damit der Privatsektor seine Rolle wahrnehmen kann, sind Rechtssicherheit und Rechtsschutz zentral. Dem Aspekt des Investitionsschutzes ist entsprechend ein höheres Gewicht beizumessen. |

| | |
|--|---|
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Im Rahmen neuer Grundlagen für Handelsabkommen oder wirtschaftlicher Aktivitäten (z.B. die Übernahme staatlicher Bürgschaften) oder im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte das Thema stärken.</p> |
|--|---|

Target 1.2

| Target-Information | |
|--------------------|---|
| SDG-Target: 1.2 | By 2030, reduce at least by half the proportion of men, women and children of all ages living in poverty in all its dimensions according to national definitions |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|--|--|
| Ebene der Bestandaufnahme | National und international | |
| Zielsetzung des Bundes | Die Armut in der Schweiz nimmt längerfristig ab (innenpolitische Zielsetzung) | |
| Grundlage(n) der Zielsetzung des Bundes | Legislaturplanung 2015–2019 | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | Das Ziel des Bundes enthält keine numerische Zielgrösse. | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Ja |
| Indikator Schweiz | Armutquote | Bemerkungen: Publiziert vom BFS (MONET) - Datenquelle: BFS. Entspricht dem IAEG-Indikator. |
| SDG IAEG Indikator | 1.2.1 Proportion of population living below the national poverty line, by sex and age 1.2.2 Proportion of men, women and children of all ages living in poverty in all its dimensions according to national definitions | Bemerkungen: 1.2.1 und 1.2.2: Die Indikatoren sind produzierbar und relevant für die Zielsetzung des Bundes. |

| Beiträge der Schweiz | |
|---|--|
| Auf Bundesebene | |
| National: | |
| <p>Die allgemeine Armutsprävention geschieht einerseits durch die Herstellung von Chancengleichheit, z.B. Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung oder Arbeitsmarkt, andererseits durch das System der sozialen Sicherheit, hauptsächlich durch die auf Bundesebene geregelten Sozialversicherungen (inklusive die von den Kantonen aufgrund der Bundesgesetzgebung ausgerichteten Ergänzungsleistungen zur AHV/IV und Prämienverbilligung der Krankenversicherung (1)). Die gezielte Armutsprävention und -bekämpfung ist Sache der Kantone und Gemeinden, wobei der Bund die Aktivitäten der zuständigen Akteure je nach Umständen unterstützen kann, damit ihre Arbeit noch effektiver wird. Massnahmen beinhalten beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Familie z.B. durch finanzielle Zuschüsse des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung (2) • Arbeitsmarkt- und Bildungsmassnahmen zur Nach-, Um- und Höherqualifizierung (3) • Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2017-2018 (4): Unterstützung von kantonalen und kommunalen Massnahmen sowie von ausgewählten Akteuren z.B. im Bereich Chancengleichheit ab der frühen Kindheit (Begleitung von Kindern aus von Armut betroffenen Familien, namentlich von Familien aus der Migration, Unterstützung beim Übergang Schule/Berufsbildung/Berufseinstieg, soziale und berufliche Integration) oder im Bereich Lebensbedingungen (Familienberatung, Mietzuschüsse, Verschuldungsprävention, Information für Betroffene) <p>Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: (1) BG über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (SR 831.30); BG über die Krankenversicherung (KVG) (SR 832.10); Art. 65-66a (Prämienverbilligung); (2) Impulsprogramm für familienergänzende Kinderbetreuung 2015-2019; Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, Änderung vom 16. Juni 2017; (3) Vereinbarung Bund und Kantone über die Fachkräfteinitiative und die bessere</p> | |

Mobilisierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials in den Jahren 2015-2018 („Fachkräfteinitiative plus“); (4) Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung vom 31.03.2010; Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (2014 – 2018)

International:

In der internationalen Zusammenarbeit des Bundes steht die Bekämpfung von Armut in all ihren Formen im Zentrum, wobei von einem mehrdimensionalen Armutsbegriff ausgegangen wird, der die verschiedenen menschlichen Grundbedürfnisse (wirtschaftliche, soziale, politische, soziokulturelle und Schutzaspekte) umfasst. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Frauen und die Schwächsten der Gesellschaft, namentlich Kinder, Jugendliche und ältere Menschen gelegt. Beiträge zur Armutsbekämpfung werden auf verschiedenen Ebenen geleistet wie z.B.:

- Beteiligung in internationalen Organisationen, die zu einem besseren Verständnis der Mechanismen beitragen, welche zu und aus der Armut führen, internationales Engagement auch für nicht verpflichtende Massnahmen in diesem Themenbereich, Umsetzung von guten Beispielen
- Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in zwanzig Ländern und Regionen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie Humanitären Hilfe mit Fokus auf Armutreduktion.
- Erreichung der ärmsten Bevölkerungsschichten besonders durch Programme in den Bereichen Grundausbildung, Ernährungssicherheit, Zugang zu Wasser und sanitäre Einrichtungen und Gesundheit
- Mehr als 70 Projekte, welche die Einrichtung von sozialen Sicherungssystemen unterstützen, die die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten erreichen sollen
- Beiträge an die internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (international Development Association, IDA) und an das UN Development Programm (UNDP), die die ärmsten Länder und Bevölkerungsschichten unterstützen, Ungleichheiten zu verringern und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, um so die Armut zu bekämpfen

Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020

Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene

- Sozialhilfe
- Bedarfsleistungen auf kantonalem/kommunalem Niveau, z.B. Ergänzungsleistungen für Familien oder Mietzuschüsse, welche einzelne Kantone eingeführt haben
- Kantonsbeitrag an die Prämienverbilligung der Krankenversicherung
- Kommunale Strategien, Massnahmen und Leistungen zur Prävention und Bekämpfung von Armut

Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure

- Sozialpartner (Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften) sind wichtige Akteure bei der Lohnpolitik (z.B. Branchenspezifische Mindestlöhne), der beruflichen Integration und Weiter- und Nachholbildung
- Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) setzt sich für die Harmonisierung der Leistungen der Sozialhilfe zwischen Kantonen ein
- Verschiedene Hilfswerke (z.B. Caritas, Winterhilfe, Centre social protestant) bieten in Notlagen eine materielle Unterstützung an, Stiftungen sowie Vereine bieten gezielte Unterstützung (z.B. Pro Senectute, Pro Juventute, Pro Infirmis)
- Wissenschaftliche Institutionen der Schweiz machen Grundlagenforschung, z.B. um das Ausmass der Problematik zu kennen oder evaluieren getroffene Massnahmen

Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz

Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz

Nationale Ebene:

- Finanzielle Stabilität der Sozialversicherungen um zukünftigen Generationen Leistungen zu garantieren
- Erhalt des aktuellen Leistungsniveaus der Sozialversicherungen und punktuelle Verbesserungen um soziale Kohäsion zu stärken und Ungleichheiten zu reduzieren
- Fehlen einer obligatorischen Abdeckung für Lohnausfall im Krankheitsfall
- Möglichkeiten für ein weiteres Engagement in der Armutsbekämpfung durch Vorschriften zu spezifischen Bedarfsleistungen für Arbeitslose (Artikel 114 Absatz 5 der Bundesverfassung (BV))

- Fehlende Harmonisierung der Sozialhilfe, nicht-Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien
- Senkung der Leistungen für bestimmte Kategorien und Verstärkung der Sanktionen in den neuen SKOS-Richtlinien

Internationale Ebene:

- Es braucht kontinuierliches Engagement auf multilateraler Ebene, damit der Fokus der multilateralen Entwicklungsorganisationen auf den ärmsten Bevölkerungsschichten bleibt.
- Angesichts der Finanzknappheit in den öffentlichen Budgets wird es auch in Zukunft eine Herausforderung sein, dass die Schweiz international angemessene Beträge für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit leisten kann. Gleichzeitig wachsen die Ansprüche, die Mittel der internationalen Zusammenarbeit auch für andere globale Herausforderungen, wie etwa den Klimawandel und der Migration zu verwenden.
- Es ist schwierig für die Armutsreduktion finanzielle Ressourcen neben der APD zu mobilisieren, da oft kein Markt für die Privatwirtschaft existiert und z.B. auch keine öffentlich-private Partnerschaften zum Zuge kommen können
- Die Armut konzentriert sich tendenziell immer mehr in fragilen Kontexten, wo es schwieriger ist, die von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Ein langjähriges Engagement ist deshalb in diesen Ländern nötig, um Erfolge zu verzeichnen.

| Involvierte Bundesstellen | |
|---------------------------|----------------------|
| National involviert | BAG, BSV, SEM |
| International involviert | DEZA, PD (AIO), SECO |

| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
|--|--|
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | RADIX stärkt die gemeinde- und schulorientierte Gesundheitsförderung und Prävention in der Schweiz, verbindet diese mit der Nachhaltigen Entwicklung und unterstützt dabei die Rechte und den Schutz von Kindern. |
| | Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen Kanton Bern: Spielgruppen sind für alle Kinder im Vorschulalter zugänglich, egal welcher Herkunft. Es ist ein niederschwelliges Angebot gerade auch für sozial isolierte Familien. Die Spielgruppen bieten die Möglichkeit, in einem geschützten und zeitlich begrenzten Rahmen erste soziale Kontakte mit anderen Kindern und Familien zu knüpfen. Sie finden dadurch den Ausstieg aus der sozialen Isolation. Auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen werden in der Spielgruppe integriert. |
| | Das Swiss TPH hat das Mandat ein Beitrag zur Reduktion von Armut zu leisten. |
| | Armée du Salut: Notre organisation se préoccupe aussi de ce thème. Elle se donne comme objectif d'offrir une chaîne de prestation qui couvre tous les aspects des besoins humains: un toit, de la nourriture, du travail et un sens à la vie. en cela, elle joue un rôle important en matière de prévention et aussi de ressources pour les personnes en situation de pauvreté. |
| | Public Health Schweiz: Gesundheitliche Chancengleichheit ist eng an den Zugang zu ökonomischen und damit auch zu Bildungsressourcen gebunden. In der Schweiz gibt es ein zahlenmässig bedeutendes Prekariat, welches gesundheitlich und sozial überdurchschnittlich belastet ist. Diese Risikopopulation zu identifizieren und noch viel gezielter präventiv zu unterstützen ist für die Chancengleichheit notwendig und volkswirtschaftlich sehr sinnvoll. |

| | |
|---|--|
| | <p>SGNI - Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung tiefer Lebenszykluskosten bei Immobilien um günstige Mieten zu ermöglichen • Förderung flexibler Gebäudestrukturen für tiefe Betriebs- und Instandhaltungskosten und daraus resultierend tieferer Nebenkosten für Mieter |
| <p>Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>RADIX: Wir arbeiten an förderlichen Rahmenbedingungen für gute Bildung und für eine gute Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Damit wird eine Basis für Ausbildung und Erwerbsfähigkeit geleistet.</p> |
| | <p>Swiss Fair Trade: Mit der Förderung des Fairen Handels in der Schweiz schafft Swiss Fair Trade einen Absatzmarkt für fair gehandelte Produkte. Damit erhalten Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern die Möglichkeit ihre Erzeugnisse zu einem stabilen Preis zu verkaufen. Durch die Fair Trade-Prämie können die Bauern in die nachhaltige Entwicklung ihrer Gemeinschaft investieren, was zu einer langfristigen Verbesserung der Lebensumstände und Verringerung der absoluten Armut vor Ort führt.</p> |
| | <p>Caritas Schweiz: National: Caritas ist der wichtigste zivilgesellschaftliche Akteur zum Thema Armut in der Schweiz. Sie leistet fachliche Inputs, arbeitet auf der politischen Ebene mit Parlamentarier/innen und verbessert mit Projekten die Situation von Armutsbetroffenen mit Caritas Läden, Kulturlegi, Sozialberatung, Sozialer Integration etc.</p> |
| | <p>SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Als Dachverband Einsatz für Chancengleichheit beim Zugang für alle zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte sowie im Bereich Bildung (Sexualaufklärung); Erreichen verschiedener Zielgruppen inklusive vulnerable Gruppen wie Migrationsbevölkerung, Menschen mit Behinderung, Menschen in sozioökonomisch schwierigen Verhältnissen. Publikationen für verschiedenen Zielgruppen, teils in 12 Sprachen. Internationale Advocacy: Partner von Countdown2030 Europe</p> |
| | <p>Fach- und Kontaktstelle Spielgruppen Kanton Bern: Wir setzen und dafür ein, dass die Spielgruppenplätze für Familien mit einem geringen Einkommen bezahlbar sind. Dafür brauchen wir aber die Unterstützung der Gemeinden und Kantone sowie der Sozialämter. Gleichzeitig setzen wir uns für ein angemessenes Einkommen der Spielgruppenleiterin ein. Zur Zeit liegt das Nettoeinkommen nur knapp über dem Existenzminimum.</p> |
| | <p>Schweiz. Spielgruppen-Leiterinnen-Verband SSLV: Wir sichern die Qualität in den Spielgruppen damit die teilnehmenden Kinder möglichst keinen Bildungsrückstand vorweisen beim Eintritt in die Schule, da dieser bis zum Ende der Schulzeit kaum wett zu machen ist. Dies benötigt mindestens zwei Besuche pro Woche à min. 2.5h. Leider will die Sozialhilfe aber meist nur einen Besuch pro Woche finanzieren.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützungsleistungen zur Förderung lokal und regional bedeutender Wertschöpfungsketten des Agrar- und Nahrungsmittelsektors mit dem Ansatz der systemischen Marktentwicklung (M4P). - Unterstützungsleistungen zur Gründung und/oder Entwicklung von Kleinst- und Kleinunternehmen. - Unterstützungsleistungen zur Integration in den Arbeitsmarkt. |

| | |
|--|---|
| | <ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Arbeitsrechten (Verbesserung der Rahmenbedingungen). - Förderung von beruflichen Kompetenzen. |
| | Das Swiss TPH ist in der Grundlagenforschung tätig zu Themen zu Armut und Krankheit wie Malaria, Schlafkrankheit, Tuberkulose oder Helminthen. Das Swiss TPH ist weiter bei der Impfstoff- sowie der Medikamentenentwicklung tätig, die das Ziel der Reduktion von Armut zum Ziel haben |
| | Eine Swiss Sustainable Finance Arbeitsgruppe zielt auf die Volumenerhöhung der schweizerischen Entwicklungsinvestments (Investment mit dem Ziel die Situation von unterprivilegierten Gesellschaftsschichten zu verbessern). Durch ihre Aktivitäten (Publikationen, Events, Konsultationen, politischer Dialog) arbeitet die Gruppe darauf hin, institutionelle und private Gelder in finanzielle Produkte zu leiten, welche die ökonomische Situation in Entwicklungsländern verbessern und gleichzeitig attraktive Renditen generieren. |
| | Swissmem: Unterstützung und Förderung eines beispielhaften Aus- und Weiterbildungssystems in der MEM-Branche. Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit. Marktgerechte Entlohnung und Sicherung guter Anstellungsbedingungen im Rahmen der Sozialpartnerschaften in der MEM-Industrie (inkl. Mindestlohn). |
| | Die Unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht (UFS) berät, begleitet und vertritt Armutsbetroffene kostenlos in Fragen des Sozialhilferechts. Die von der UFS angestrebten Rechtsverfahren wurden zu 82% zugunsten der Betroffenen entschieden. Leider fehlt es an genügend Beratungsstellen. Das Sozialhilferecht bleibt inhaltsleer, wenn die Betroffenen ihre Rechte nicht wahrnehmen können. Eine Unterstützung durch die öffentliche Hand für einschlägige Beratungsstellen wäre dringend nötig. |
| | Die Evang.-ref. Landeskirche Zürich setzt sich mittels politischer Positionen gegen eine Kürzung von Sozialhilfeleistungen (z.B. derzeit von Asylsuchenden) und für einen gesärkten Sozialstaat ein. |
| | L'Armée du Salut dirige plusieurs institutions sociales qui accueillent des personnes en bas seuil (4 structures d'accueil bas seuil - 3 structures de logement accompagné, 5 foyers de passage), Elle a plusieurs services qui accompagnent des personnes en difficulté: 4 sites de Travail Plus, 25 projets sociaux (bureaux de conseil, services de visites, repas communautaires) |
| | Public Health Schweiz: Chancengleichheit ist ein Kernanliegen von Public Health Schweiz. Über die Gewinnung von Daten zu Armut und Gesundheit und über Gesundheitsförderungsprogramme via ihrer Mitglieder (z.B. Schulärztinnen und -ärzte) leistet Public Health Schweiz einen Beitrag zur gesundheitlichen Chancengleichheit. |
| Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs) | Grünliberale Partei Schweiz: Es besteht ein Zielkonflikt zwischen der nationalen Sparpolitik und der Umsetzung dieses Ziels, weshalb eine klare numerische Zielsetzung des Bundes (Anzahl der Menschen, die in Armut leben, um 50% reduzieren) hilfreich wäre und die Güterabwägung vereinfachen würde. |

| | |
|--|--|
| | <p>Caritas Schweiz: National: Die Schweiz hat keine klare Zielsetzung zur Armutsreduktion. Sie bedarf dringend einer Armutsstrategie auf Bundesebene, mit klaren Zielen und Massnahmen. Die Armutspolitiken (Existenzsicherung, Bildungs- und Wohnungs- und Familienpolitik) kann nicht allein den Kantonen und Gemeinden überlassen werden.</p> |
| | <p>SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Kohärenz gefragt zwischen nationaler und internationaler Ebene: Die Bekämpfung von Armut in all ihren Formen, wobei von einem mehrdimensionalen Armutsbegriff ausgegangen wird, der die verschiedenen menschlichen Grundbedürfnisse (wirtschaftliche, soziale, politische, soziokulturelle und Schutzaspekte) umfasst. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Frauen und die Schwächsten, namentlich Kinder, Jugendliche und ältere Menschen gelegt (internationaler Ansatz)</p> |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Der internationale Rohstoffhandel generiert in der Schweiz gigantische Gewinne, während manche Abbauländer in Gewalt und Armut versinken. Die Kohärenz zwischen Innen- und Aussenpolitik kann durch die gesetzliche Definition von Transparenzvorschriften, die wirksame Bekämpfung von Korruption und von illicit financial flows sowie die stärkere steuerliche Belastung der entsprechenden Supergewinne und Umverteilung erhöht werden. Auch der Bekämpfung von Kinderarbeit muss mehr Gewicht zukommen.</p> |
| | <p>CBM Schweiz: Es fehlt ein ganzheitlicher Ansatz des Bundes: Die Schweiz raffiniert bspw. 90% des Goldes aus Burkina Faso. Dort hat die Goldgewinnung schädliche Folgen für die Bevölkerung, u.a. im Bereich der psychischen Gesundheit, was wiederum zu Armut führt. Ein Bereich, in dem sich CBM engagiert. Wir pflastern also dort, wo die CH Wirtschafts(-aussen)politik versagt, weil sie keine verbindlichen Regeln zur Einhaltung von Arbeitssicherheit und Arbeitsrecht von den in der CH ansässigen Firmen einfordert.</p> |
| | <p>Schweiz. Spielgruppen-LeiterInnen-Verband SSLV: Die Sozialdienste wollen sparen, damit ihre Rechnung stimmt - egal ob die Konsequenzen daraus später wett zu machen sind oder ein vielfaches der eingesparten Gelder kosten.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont: - Ausbau der Mittel im Asylwesen sowie in der humanitären Hilfe führen zum Rückgang der direkten Armutsbekämpfung durch die Entwicklungszusammenarbeit. - Höherer Stellenwert von privatwirtschaftlichen Akteuren und PPPs beim SECO führt z.T. zu Zielkonflikten in der Entwicklungszusammenarbeit (DEZA, NGOs). - Menschenrechtsstaat (Aussenpolitik) vs. liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Armut und Ungleichheit fördert</p> |
| | <p>Avenirsocial: Innen- und Aussenpolitik: Steigende Armutsrate und Steuerpolitik sind nicht kohärent: Wohlhabende und Unternehmen erhalten Steuerreduktion und -vorteile wodurch die Umverteilung durch Steuern von reich-zu-arm nicht bzw. zu wenig stattfindet. dies trägt zu einer steigenden Ungleichheit bei, wovon beispielsweise Kürzungen bei Bildungs- oder Gesundheitssystem, die Armutsbetroffenen oder -gefährdeten am meisten betroffen sind.</p> |
| | <p>Unabhängige Fachstelle für Sozialhilfieberatung: Das Fehlen bundesrechtlicher Vorgaben und der grosse Ermessensspielraum auf kantonaler und kommunaler Ebene erschweren eine kohärente Sozialhilfe. In den letzten Jahren hat ein Sparwettbewerb zwischen Kantonen und Kommunen eingesetzt, zu möglichst billiger und unattraktiver Sozialhilfe hin. Es gibt keine staatlich unterstützte, einschlägige Beratungsstellen oder Rechtsvertretungen wie im</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>Sozialversicherungs- oder im Ausländerrecht. Gerichte verweigern oft die unentgeltliche Rechtsvertretung.</p> |
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Scuola Vivante: Wie können Menschen auch zu Handelnden werden, nicht nur zu Empfangenden. Wahl- und Handlungsmöglichkeiten sowie -freiheiten müssen gelehrt /gelernt / aufgebaut werden Wie können Staat und Gemeinden dabei unterstützend und prägend/ermutigend wirken?</p> |
| | <p>economiesuisse: Die Abnahme der Armut ist eng mit der Definition von Armut verknüpft. Das Messen an einem Durchschnitt würde systembedingt eine Abnahme verunmöglichen. Daher kann für diese Zielsetzung Armut nur als absoluter Wert verstanden werden. Nach diesen Kriterien nimmt die Armut in der Schweiz ab und es besteht kein politischer Handlungsbedarf.</p> |
| | <p>Grünliberale Partei Schweiz: Die Schweiz ist in der Umsetzung dieses Ziels bereits auf gutem Weg, aber das stringente Monitoring und eine klare numerische Zielsetzung wären hilfreich für eine bessere Umsetzung.</p> |
| | <p>Fondation sanu durabilitas: Ce thème est pertinent pour la Suisse, et devrait mieux prendre en compte p. ex. les working poor.</p> |
| | <p>Caritas Schweiz: Eine gesamtschweizerische Armutspolitik statt 26 föderale Armutspolitiken. Armutsbetroffene sollen unabhängig vom Wohnort dieselben Chancen und Unterstützung erhalten. Der politische Wille muss geschaffen werden, dass eine investive Armutspolitik zwar im Augenblick teurer ist, jedoch den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.</p> |
| | <p>SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Zum Erreichen des Ziels, die Armut zu reduzieren muss ein spezieller Fokus auf vulnerable Gruppen gerichtet werden. Migrant_innen beispielsweise, haben einen erschwerten Zugang zur Gesundheitsversorgung und weisen schlechtere Gesundheitsdaten auf. Besonders vulnerabel sind Asylsuchende, aber auch sozial benachteiligte Menschen. Weiterverfolgen u.a. des Nationalen Programms Migration und Gesundheit. Internationale Ziele auch national umsetzen (siehe Kohärenzfragen).</p> |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Transparenzvorschriften im Rohstoffhandel - wirksame Bekämpfung von Illicit financial flows auf nationaler und internationaler Ebene - Annahme der Konzernverantwortungsinitiative - Beitritt zur europäischen Sozialcharta - Definition international verbindlicher und einklagbarer Sozialrechte - Clean Industry als Treiber für mehr Jobs und weniger Erwerbslosigkeit - institutionelle Reformen, um das Eigenleben der Bundesämter abzubauen und Querschnittaufgaben wie Agenda 2030 verbindlich zu machen. |
| | <p>Universität Bern, Centre for Development and Environment: Die Massnahmen des Bundes zur Reduzierung der Armut sollten um steuerliche Massnahmen ergänzt werden (Abzug für Betreuungskosten überall erhöhen; Vermögenssteuern/nationale Erbschaftssteuer/Kapitalsteuer zu Senkung von Armut: Nicht nur Chancengleichheit, sondern auch Beachtung der Ergebnisgleichheit. (Ergebnisungleichheit ist die Chancenungleichheit von morgen).</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>CBM Schweiz: Um einen Beitrag zur Armutsreduktion zu leisten, muss der Bund in seinen Projekten systematisch Menschen mit Behinderungen berücksichtigen und zwar gemäss dem Twin Track Approach (behinderungsspezifische Projekte + Mainstreaming). Es reicht zudem nicht aus, Menschen mit Behinderungen unter «schwache und marginalisierte Gruppen» zu subsumieren, denn damit droht, dass sie vergessen und diskriminiert werden. Für die Erfolgsmessung ist es unabdingbar, Daten zu Menschen mit Behinderungen zu erfassen</p> |
| | <p>Brücke · Le pont:</p> <ul style="list-style-type: none"> - SDGs als Referenzrahmen für Innen- und Aussenpolitik - Keine Instrumentalisierung der Armutsbekämpfung für aussenwirtschaftliche, aussenpolitische und innenpolitische Zwecke - Verteidigung der 0.5% des BNE für EZA und Zielanstrebung 0.7% - Freihandelsabkommen/Investitionsschutzabkommen müssen Nachhaltigkeit und Menschenrechte achten - Konzerne mit Sitz in der Schweiz achten Menschenrechte |
| | <p>Swiss TPH: Weiteres Engagement der Schweiz zu Forschung die das Ziel zur Armutsbekämpfung bei zu tragen</p> |
| | <p>Swiss Sustainable Finance: Entwicklungsinvestments können bei der Verbesserung der ökonomischen Situation in Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Damit solche Produkte ihr volles Potential erreichen können (d.h. höhere Volumen an Investment zu generieren), sollten Rahmenbedingungen in Erwägung gezogen werden, um sie für Investoren attraktiver zu gestalten. Dies könnte z.B. die Flexibilisierung von Regulierung für Pensionskassen beinhalten.</p> |
| | <p>Der Entwickler: Einheitliches und für die Schweiz relevantes Verständnis von Armut. Wille der Kantone, das Problem nicht auszugrenzen sondern gemeinsam anzugehen! Armut in Industrieländern richtig verstehen! Armut bei uns heisst nicht nur zu wenig finanzielle Mittel sondern zu wenig Wissen über gesunde Ernährung, zu wenig Motivation zur Teilhabe (bei immer weniger Arbeitsplätzen und 'Wissensausgrenzung').</p> |
| | <p>Unabhängige Fachstelle für Sozialhilfeberatung: Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Harmonisierung der Sozialhilfe auf Bundesebene, d.h. eidg. Mindeststandards. - Erleichterung des Rechtsschutzes für Armutsbetroffene, z.B. durch Unterstützung von spezifischen Beratungsstellen mit Vertretungsbefugnissen. • Verstärkte persönliche Sozialhilfe (d.h. persönliche Unterstützung u.a. in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wohnung, Arbeit). • Anreize für die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsstellen unterschiedlicher Anspruchsniveaus. |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Die Gestaltung einer geschlechtergerechten Lohnpolitik sowie einer geschlechtsunabhängigen Elternzeit (für beide Elternteile, in wesentlich längerem Umfang als heute)</p> |
| | <p>Armée du Salut: Harmonisation des objectifs et pratiques entre les cantons pour réduire les disparités. Evaluation des conséquences indirectes sur la pauvreté liées aux couts des assurances maladies, logements, impôts dans certains cantons, Prise en charge plus rapide des populations vulnérables - particulièrement jeunes en recherche de travail, familles, individus à revenu modeste (sur le fil entre situation de précarité et condition modeste)</p> |

| | |
|--|---|
| | Public Health Schweiz: Früherfassung von Risikogruppen und Frühintervention zur Vermeidung oder Minimierung von problematischen Entwicklungen von Kindern und Familien. |
|--|---|

Target 1.3

| Target-Information | |
|--------------------|---|
| SDG-Target: 1.3 | Implement nationally appropriate social protection systems and measures for all, including floors, and by 2030 achieve substantial coverage of the poor and the vulnerable |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|--|--|
| Ebene der Bestandesaufnahme | National und international | |
| Zielsetzung des Bundes | Erhalt der Deckung durch die Sozialversicherungen, finanzielle Konsolidierung und Anpassung der Sozialversicherungen an die gesellschaftlichen Entwicklungen (innenpolitische Zielsetzung) | |
| Grundlage(n) der Zielsetzung des Bundes | Jahresbericht 2015 über die Sozialversicherungen gemäss Artikel 76 ATSG; Erwerbsausfall und soziale Absicherung - Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates (09.3655) Schenker Silvia „Allgemeine Erwerbsversicherung“ vom 12. Juni 2009, 14. September 2012 | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | Die Deckung durch Sozialversicherungen ist in der Schweiz bereits gut ausgebaut. Ziel ist deshalb die Sicherung dieser Sozialversicherungen für die Zukunft. | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Ja |
| Indikator Schweiz | Gesamtausgaben für die Soziale Sicherheit in % des BIP | Bemerkungen: Publiziert vom BFS (MONET) - Datenquelle: BFS. Entspricht nicht dem IAEG-Indikator. |
| SDG IAEG Indikator | 1.3.1 Proportion of population covered by social protection floors/systems, by sex, distinguishing children, unemployed persons, older persons, persons with disabilities, pregnant women, newborns, work-injury victims and the poor and the vulnerable | Bemerkungen: Der Indikator ist produzierbar und nicht relevant für die Zielsetzung des Bundes. Er wird deshalb nicht ausgewählt. |

| Beiträge der Schweiz | |
|--|--|
| Auf Bundesebene | |
| <p>National: Das Schweizer Sozialversicherungssystem deckt die 9 klassischen Risiken der sozialen Sicherung gemäss ILO Übereinkommen Nr. 102 ab: Medizinische Versorgung, Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter, Arbeitsunfälle und berufsbedingte Krankheit, Familie, Mutterschaft, Invalidität und Hinterbliebene. Bei der AHV, IV und der obligatorischen Krankenversicherung ist zudem die gesamte Bevölkerung gedeckt. Aktuelle Massnahmen betreffen deshalb die Weiterentwicklung und Anpassung der Versicherungen an neue ökonomische und gesellschaftliche Realitäten wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reform Altersvorsorge, mit dem Ziel der Sicherung des Rentenniveaus und der langfristigen Finanzierung (1) • Reform der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV, mit dem Ziel das Rentenniveau zu erhalten und das System zu verbessern (2) • Weiterentwicklung der IV, mit dem Ziel die Integration von Kindern, Jugendlichen und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen zu verbessern (3) • Massnahmen zugunsten von behinderten Personen, Konferenzen mit dem Ziel der besseren Integration von behinderten Personen • Massnahmen im Bereich der Langzeitpflege, um sicherzustellen, dass pflegebedürftige Personen die notwendige Pflege erhalten und diese langfristig finanziert werden kann (4) | |

- Massnahmen zur Entlastung der OKP, welche medizinisch nicht begründbare Kosten- und Mengenausweitungen reduzieren und eine finanziell tragbare Gesundheitsversorgung für alle sicherstellen (5)

Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: (1) Botschaft zur Reform der Altersvorsorge 2020 und Vorlage Bundesgesetz über die Rentenreform der Altersvorsorge 2020 vom 17.03.2017 (das Reformpaket Altersvorsorge 2020 ist am 24.09.2017 in der Volksabstimmung gescheitert; eine neue Vorlage wird erarbeitet); (2) Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen und Invalidenversicherung (EL-Reform), 16. September 2016; (3) Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV), 15. Februar 2017; Gesamtsicht über die Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen bis 2035, (4) Bericht «Bestandsaufnahme und Perspektiven im Bereich der Langzeitpflege», (5) Bericht «Gesundheit2020»

International:

- In der internationalen Zusammenarbeit des Bundes ist das Thema der sozialen Sicherung ein zentrales Thema sowohl bilateral, wie auch multilateral.
- Etwa 70 Programme und Projekte sind auf das Thema der sozialen Sicherung in unterschiedlichen Bereichen ausgerichtet, wie z.B. Ernährungssicherheit, Migration, Gesundheit, Gouvernanz, Klimawandel oder in der Humanitären Hilfe. Die Hauptinstrumente dazu sind Kleinstversicherungen (Micro Insurances) und Cash Programme.

Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-20

-Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene

- Sozialhilfe
- Verbilligung der Krankenversicherungsprämien
- Bedarfsleistungen auf kantonalem/kommunalem Niveau, z.B. Ergänzungsleistungen für Pflegebedürftige, für Familien oder Mietzuschüsse, welche einzelne Kantone eingeführt haben

Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure

- Die Schweizer Wirtschaft trägt die Sozialversicherungen mit und ist z.B. ein wichtiger Partner bei der Arbeitsmarktintegration von invaliden Personen
- Die Zivilgesellschaft agiert subsidiär zu den Sozialversicherungen z.B. bieten Hilfswerke wie Caritas, Winterhilfe oder Centre social protestant materielle Unterstützung in Notlagen
- Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) setzt sich für die Harmonisierung der Leistungen der Sozialhilfe zwischen Kantonen ein
- Wissenschaftliche Institutionen der Schweiz machen Grundlagenforschung, z.B. um das aktuelle Sozialversicherungssystem zu evaluieren und aufzuzeigen, an welche Entwicklungen dieses angepasst werden sollte

Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz

Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz

Nationale Ebene:

- Nachhaltige Finanzierung des Sozialversicherungssystems
- Politischer Konsens über die Weiterentwicklung der Sozialversicherungen
- Verschiedene Kosten im Gesundheitsbereich wie z.B. Zahnarzkosten sind nicht gedeckt durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung
- Langzeitpflege: nachhaltige Finanzierung und Inputressourcen (insbesondere Fachkräfte) sicherstellen, Präventionsmassnahmen ergreifen
- Politischer Konsens über die Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung
- Ausschöpfen des Erwerbspotenzials (Verbesserung der Arbeitsanreize, Integration)
- Steigende Vielfalt an Lebensformen und Partnerschaftsmodellen birgt Herausforderungen
- Technische Entwicklung und Globalisierung sowie der Migrationsdruck bergen Chancen aber auch Risiken

Internationale Ebene:

- Das Thema der sozialen Sicherung und vor allem die Verbindung zwischen der sozialen Sicherung und humanitärem Engagement in sich hinziehenden Krisen (protracted crisis) werden innerhalb des Bundes zurzeit thematisch vertieft

- Ungenügende Koordination und Integration zwischen verschiedenen Programmen zur sozialen Sicherung: Es wird dann beispielsweise in einem bestimmten Bereich (z.B. in der Gesundheit) zur sozialen Sicherung gearbeitet, währenddem aber ein Gesamtkonzept zur sozialen Sicherung auf Länderebene noch fehlt
- Maintenir les acquis au niveau multilatéral dans la reconnaissance des inégalités et la défense des droits sociaux de toutes les catégories de personnes

| Involvierte Bundesstellen | |
|---------------------------|---------------------|
| National Involviert | BAG, BSV, SECO, SEM |
| International involviert | DEZA, SECO |

| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
|--|--|
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | Helvetas Swiss Intercooperation: Promotion und Unterstützung von Decent Work in verschiedenen Partnerländern. |
| | Swiss Fair Trade fördert den Fairen Handel in der Schweiz und im Ausland und verfolgt somit indirekt die Sicherung der Einkommen von Kleinproduzenten in Entwicklungs- und Schwellenländern auch bei stark schwankenden Preisen zu sichern und damit eine Alternative zu fehlenden Sozialversicherungssystemen zu bieten. |
| | economiesuisse: Die Sicherung der Sozialversicherungen bedingt ein ernsthaftes Angehen der Reformen. Angesichts der Bevölkerungsentwicklung dürfen die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgebaut werden sondern müssen durch das Festlegen der Eckwerte für die künftige Entwicklung tauglich werden (z.B. Rentenalter in der Altersvorsorge). |
| | Schweizerisches Rotes Kreuz: International: Aufbau von Gesundheitsversicherungssystemen im Sinne von Universal Health coverage und Ausbau Resilienz auf Gemeindeebene. National: Das SRK richtet Leistungen an sozial benachteiligte, vereinsamte sowie schutzbedürftige Menschen, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung oder Ausbeutung bedroht bzw. betroffen sind, insbesondere an Familien sowie Geflüchtete und Sans-Papiers. |
| | Solidar Suisse: Sinnvollerweise darf dieses Ziel nicht auf die Innenpolitik beschränkt werden: Insbesondere bei Konsumgütern muss sichergestellt werden, dass die ILO-Kernarbeitsnormen zu Social Protection Floor über die ganze Lieferkette, von der (Einzelteil-)Produktion bis zur Endverteilung hineingehalten werden. Dies muss auch in Freihandelsverträgen so festgehalten werden (vgl. auch Bezug zum öffentlichen Beschaffungswesen, wo dies ebenfalls zwingend sichergestellt sein muss). |
| | Das Swiss TPH leistet Beiträge (im Auftrag der DEZA) auf internationaler Ebene in Ländern wie Tanzania, Kongo DR, Tschad die Sozialversicherungssysteme aufbauen und stärken. Diese Unterstützungen werden innerhalb der Botschaft 2017-2020 geleistet. |
| | Avenirsocial: International Federation of Social Workers: The Role of Social Work in Social Protection Systems: The Universal Right to Social Protection. link: http://ifsw.org/policies/the-role-of-social- |

| | |
|--|--|
| | work-in-social-protection-systems-the-universal-right-to-social-protection/ |
| | NGO-Koordination post Beijing Schweiz: Eliminierung von geschlechtsspezifischer Armut bei Frauen. |
| | FAIRMED: Zugang zu Gesundheit. |
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Unterstützung auch von nicht Anspruchsberechtigten, z.B. Sans Papiers, wird laufend diskutiert |
| Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann | Swiss Fair Trade: Der Faire Handel trägt mit dem Fair Trade-Mindestpreis zur Sicherung der Einkommen von Kleinproduzenten in Entwicklungs- und Schwellenländern bei. Kommt es auf den Lebensmittelmärkten zu stark fallenden Preisen bietet der Fair Trade-Mindestpreis ein Auffangnetz für Produzenten und gewährleistet, dass sie nicht (zurück) in die absolute Armut fallen. Somit agiert der Fair Trade-Mindestpreis als Risikoversicherung für Produzenten & kann den Effekt von fehlenden Sozialversicherungssystemen abfedern. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Promotion und Unterstützung von Decent Work in verschiedenen Partnerländern. |
| | Das Schweizerische Rote Kreuz bietet im Inland Einzelhilfe für Menschen in Notlagen und unterstützt Sans-Papiers beim Abschluss einer Krankenversicherung. |
| | Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Die SKOS will mehr, als Leistungen zu harmonisieren. Ziel der SKOS ist es, vom blossen pekuniären Fürsorgegedanken wegzukommen und auf eine umfassende Förderung durch Bildung, Beschäftigung und Requalifizierung für eine angemessene Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktintegration zu kommen. Viele Kantone und Gemeinden weisen auf diesem Weg noch grosse Defizite auf. |
| | Solidar Suisse: Wir unterstützen Organisationen in Entwicklungs- und Schwellenländern, die gegenüber Arbeitgebenden den sozialen Sicherheitsschutz erkämpfen/verteidigen. |
| | Université de Lausanne: Le Pôle de recherche national (NCCR) Lives sur les vulnérabilités des parcours de vie, dont l'Université de Lausanne est co-leading house, est une contribution importante à la compréhension et l'évaluation des mesures prises par la Suisse en matière de lutte contre la pauvreté (https://www.lives-nccr.ch/). |
| | Die Partnerorganisationen von Brücke · Le pont realisieren wichtige Lobby-Aktivitäten, u.a für die Annahme der Konvention 189 der ILO (Rechte der Hausangestellten) und für die entsprechenden Anpassungen und Reformen des Arbeitsgesetzes sowie der Sozialversicherungen insbesondere für TextilarbeiterInnen |
| | Im Auftrag der DEZA implementiert das Swiss TPH das Programme HPSS in Tansania das die Sozialversicherung in zwei Regionen stärkt. Für die derzeitige Phase verfügt das Programm verfügt über ein Budget von CHF 20 Millionen. Innerhalb von SNSF finanzierten Projekten nimmt das Swiss TPH Forschungsaktivitäten zu Sozialversicherungen in Ghana und Tansania (http://www.r4d.ch/modules/public-health) war. |

| | |
|--|--|
| | Swissmem: Sicherstellung guter und fortschrittlicher Versicherungsleistungen zur Deckung von Lohnausfällen für alle Mitarbeitenden in der MEM Branche im Rahmen der Sozialpartnerschaft. |
| | NGO-Koordination post Beijing Schweiz: Vernetzung auf nationaler, internationaler und multilateraler Ebene mit anderen relevanten NGOs, Erarbeitung von Stellungnahmen zu relevanten Themen der Frauenmensenrechte, Wissenstransfer zwischen den internationalen und multilateralen Trends im Bereich Frauenmensenrechte und NGOs in der Schweiz, aktives Mitglied bei für die NGO-Koordination wichtigen Gremien, Monitoring der Umsetzung der Frauenmensenrechte in der Schweiz (bspw. CEDAW-Schattenbericht), Teilnahme am CSW. |
| | Die Unabhängige Fachstelle für Sozialhilfeberatung setzt sich mit Öffentlichkeitsarbeit und auf dem Rechtsweg (u.a. mit Aufsichtsbeschwerden) für die Einhaltung von Minimalstandards im Sozialhilferecht und deren Ausbau ein. In Medienberichten weist die UFS auf Missstände im Sozialhilferecht und die damit einhergehende zunehmende Marginalisierung von Armutsbetroffenen und die Gefährdung des sozialen Friedens hin. Mit Schulungen z.B. bei Gemeinden und Kliniken fördert die UFS die Kenntnisse über die Rechtsstellung von Armutsbetroffenen. |
| | FAIRMED leistet einen kleinen Beitrag mit lokalen, innovativen Konzepten für Krankenfonds von und für vulnerable Bevölkerungsgruppen. |
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: s. 1.2; alle Kirchgemeinden im Kanton Zürich bieten besondere Unterstützung in materiellen Notlagen an. |
| | Armée du Salut: nous agissons au " cas par cas" en offrant des aides ponctuelles, souvent dans le respect de ce qui s'est déjà mis en place au niveau étatique, dans nos bureaux sociaux. (à l'instar de Caritas ou du Centre protestant) |
| Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs) | Helvetas Swiss Intercooperation: Der soziale Schutz muss in Freihandels- und Investitionsschutzabkommen verankert werden. Hier ist die Schweizer Politik inkohärent. |
| | economiesuisse: Die Altersvorsorge 2020 wie von Bundesrat und Parlament vorgeschlagen widerspricht der langfristigen Sicherung. |
| | SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Kohärenz Arbeit der Deza und Innenpolitik |
| | Solidar Suisse: Freihandelsabkommen und Gesetz/Richtlinien zur öffentlichen Beschaffung. |
| | Brücke · Le pont: Die innenpolitische Debatte um die AHV wird auch in Zukunft dominieren, die Stärkung des Sozialsystems anderer Länder tritt dabei in den Hintergrund. |
| | Swiss TPH: In der Bestandsaufnahme fehlen Verweise zum Engagement der Schweiz auf internationaler Ebene zum Ausbau von Sozialversicherungssystemen |

| | |
|---|---|
| | <p>NGO-Koordination post Beijing Schweiz: Teilzeitarbeit, Lohnungleichheit u. unbezahlte Care-Arbeit von Frauen haben finanz. negative Auswirkungen auf die Altersvorsorge der Frauen; alleinerziehende Mütter, Frauen im Alter, Frauen mit Behinderung und kinderreiche Familien sind überdurchschnittlich von Armut betroffen, was strukturell bedingt ist.</p> |
| | <p>Unabhängige Fachstelle für Sozialhilfeberatung: In der Sozialhilfe findet eine Koordination zwischen Gemeinden und zwischen Kantonen nur ungenügend statt, was zu sehr grossen Unterschieden in der Unterstützung von Armutsbetroffenen führt. Synergien z.B. bei den Fragen rund um die Arbeitsintegration werden oft nicht genutzt, stattdessen werden auf kantonaler und lokaler Ebene nach Lösungen gesucht und dabei teilweise ungenügend qualifizierte Privatinstitutionen einbezogen.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Ziel sollte es sein, eine nationale Harmonisierung der sozialpolitischen Massnahmen zu erreichen</p> |
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: Schutzbestimmungen entlang der ganzen Supply Chain bei FHA und der öffentlichen Beschaffung.</p> |
| | <p>Scuola Vivante: Wie kann die "Anpassung an die gesellschaftlichen Entwicklungen" verstärkt auch die Selbstverantwortung der BürgerInnen im Auge behalten, die Selbstverantwortung zu stärken - und welches sind die Wege dazu (siehe Gedanken Target 1.2)? Müsste also insofern nicht das Ziel sein, die Ausgaben zu senken (nicht nur zu konsolidieren); dadurch, dass Menschen mehr und mehr fähig sind/befähigt werden Wege aus den ausweglos scheinenden Situationen zu finden.</p> |
| | <p>Schweizerisches Rotes Kreuz: International: Stärkung Universal Health Coverage in fragilen Staaten; Aufbau von Versicherungsmodellen (z.B. in der Landwirtschaft) im Zeichen des Klimawandels</p> |
| | <p>SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Lücken im sozialen Netz müssen geschlossen, Skos-Richtlinien ergänzt werden. Das social protection System soll auch vulnerable Gruppen erreichen wie Asylsuchende.</p> |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Es braucht aussenpolitische Initiativen, um die sozialen Rechte auf internationaler Ebene zu einklagbaren Rechten zu machen. Der Sozialversicherungsgedanke darf nicht allein im Nationalen verharren, sondern muss im Gleichschritt der Wirtschaft globalisiert werden. BAG und BSV sollten deshalb nicht auf das Nationale reduziert werden. Vielmehr haben sie auch eine internationale Aufgabe. Die Schweiz soll endlich der europäischen Sozialcharta beitreten und die ILO-Konventionen rascher ratifizieren.</p> |

| | |
|--|--|
| | Solidar Suisse: In Freihandelsabkommen muss der soziale Basisschutz entlang der gesamten Global Supply Chain verankert werden. Das öffentliche Beschaffungswesen muss diese Normen ebenfalls zwingend einhalten. |
| | Brücke · Le pont: Solidaritätsprinzip muss auch international gelebt werden (gerechter internationaler Lastenausgleich zwischen globalem Norden und Süden zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter). |
| | Swissmem: Sicherstellung einer langfristigen Finanzierbarkeit der Sozialversicherung, welche durch die demographische Entwicklung (immer ältere Bevölkerung) gefährdet ist. |
| | Avenirsocial: Die Einbindung von psychischen Krankheiten in Sozialversicherungsschutz ist aktuell ungenügend. Die Dauer einer Abklärung für einen IV-Rentenanspruch ist zu lange, was sich negativ auf den Gesundheitszustand der Invaliden auswirkt. |
| | NGO-Koordination post Beijing Schweiz: finanz. Anerkennung der Care-Arbeit; gerechte Altersvorsorge; Altersarmut; Armut v. alleinerziehenden Müttern, Working Poor |
| | Unabhängige Fachstelle für Sozialhilfeberatung: Es müssen auf nationaler Ebene Anstrengungen unternommen werden, damit nebst dem Sozialversicherungssystem auch das System der Sozialhilfe tragfähig ist. National verbindliche Minimalstandards sind unumgänglich, um dem grossen Ermessensspielraum auf kantonaler und kommunaler Ebene bei der Armutsbekämpfung einen Rahmen zu geben. Dass zunehmend Fälle auftreten, bei denen Einzelpersonen, aber auch Familien während Monaten ungenügende oder überhaupt keine Unterstützung erhalten, ist alarmierend. |
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: In internationalen Beziehungen nur diejenigen Handelspraktiken unterstützen, die die Armutssituation nicht verschärfen (auch indirekt) |

Target 1.4

| Target-Information | |
|--------------------|--|
| SDG-Target: 1.4 | By 2030, ensure that all men and women, in particular the poor and the vulnerable, have equal rights to economic resources, as well as access to basic services, ownership and control over land and other forms of property, inheritance, natural resources, appropriate new technology and financial services, including microfinance |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|--|---|
| Ebene der Bestandesaufnahme | International | |
| Zielsetzung des Bundes | Der Bund unterstützt durch seine internationale Zusammenarbeit die Gewährleistung eines nachhaltigen Zugangs zu Ressourcen und Dienstleistungen für alle, insbesondere in den Bereichen Governance, Beschäftigung, Ernährung, Wasser, Land, Gesundheit und Grund- und Berufsbildung und (Mikro-) Finanzdienstleistungen insbesondere für Frauen und Männer die in Armut leben oder verletzlich sind (ausserpolitische Zielsetzung) | |
| Grundlage(n) der Zielsetzung des Bundes | Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020 | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | Das Ziel des Bundes deckt die Themen Eigentum, Erbschaft und neue Technologien nicht explizit ab. | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Ja |
| Indikator Schweiz | Kein Indikator | Bemerkungen Schweiz: Es handelt sich um eine internationale Zielsetzung des Bundes. |
| SDG IAEG Indikator | 1.4.1 Proportion of population living in households with access to basic services 1.4.2 Proportion of total adult population with secure tenure rights to land, with legally recognized documentation and who perceive their rights to land as secure, by sex and by type of tenure | Bemerkungen: 1.4.1 und 1.4.2: Die Indikatoren sind nicht produzierbar. |

| Beiträge der Schweiz |
|--|
| Auf Bundesebene |
| <p>International: Zugang zu essentiellen Ressourcen und Dienstleistungen für arme und verletzbare Gruppen ist ein Schwerpunkt der internationalen Zusammenarbeit des Bundes in seiner bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit. Der Schwerpunkt liegt auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Besserer Zugang zu Ressourcen und zu einer qualitativ guten Grundversorgung in den Bereichen Gesundheit, Energie, Land, Wasser und Sanitärversorgung, Ernährung und Grund- und Berufsbildung • Unterstützung der Schaffung und Umsetzung eines Regelwerks für Nutzungs- und Besitzrechte an Land und weiteren natürlichen Ressourcen, z.B. durch die Umsetzung der Principles for Responsible Agricultural Investments (RAI) oder der Voluntary guidelines on the responsible governance of tenure of land, fisheries and forests in the context of national food security (VGGT) |

- Unterstützung im Bereich Gouvernanz für einen stabilen rechtlichen und regulatorischen Rahmen, welcher persönliche Freiheit und Eigentum, Menschenrechte und Demokratie schützt,
- Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen für alle (inclusive finance), z.B. durch die Förderung der Ausgewogenheit von sozialen und ökonomischen Zielen von Finanzinstitutionen, durch die Förderung von Produkteinnovation (Versicherungen, Sparprodukte, Kreditprodukte für Kleinbauern, etc), durch die Unterstützung von Finanzsektorreformen, Stärkung von Regulation und Supervision (Finanzmarktaufsichtsbehörden), durch den Aufbau der Finanzmarktstruktur (Kreditbüros, Rating Agencies, etc), durch die Vermittlung von Finanzwissen an KundInnen von Mikrofinanzinstitutionen, durch die Stärkung der Corporate Governance von Mikrofinanzinstitutionen.
- Engagement u.a. für einen chancengleichen Zugang der gesamten Weltbevölkerung zum Internet und für die Armutsbekämpfung mittels Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ein. Dies gilt auch für die Entwicklung der notwendigen Kompetenzen aller Akteure im Umgang mit den IKT, um das Potenzial für eine effiziente Erreichung der Entwicklungsziele voll auszuschöpfen.

Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-20; Unlautere und unrechtmässige Finanz-flüsse aus Entwicklungsländern Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3848 (Ingold) vom 26. September 2013 und des Postulats 15.3920 (Maury Pasquier) vom 23. September 2015, 2016; DEZA-Gesundheitspolitik 2014; Strategie 2017-2020 des Globalprogramms Wasser; Strategie 2017-2020 Globalprogramm Food Security; The SDC's Education Strategy - Basic Education and Vocational Skills Development 2017-2020; Policy for Financial Sector Development Update 2007; Strategie Digitale Schweiz 2016

Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene

- (...)

Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure

- Zivilgesellschaftliche Organisationen der Schweiz die sich mit Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik beschäftigen, sind in den im Target erwähnten Themengebieten engagiert, z.B. gehört der Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen zu den Schwerpunkten von HEKS, Brot für alle und Fastenopfer
- Die Schweizer Privatwirtschaft trägt in verschiedenen Themengebieten zum besseren Zugang zu Basisdienstleistungen bei, z.B. durch die Entwicklung und Verbreitung von neuen Produkten und Technologien oder durch öffentlich-private Partnerschaften in den Bereichen Gesundheit, Mikrofinanzen, erneuerbare Energien etc., wie z.B. im Rahmen von REPIC (Renewable Energy & Energy Efficiency Promotion in International Cooperation), einer interdepartementalen Plattform zur Projektförderung und -realisierung in den Bereichen Biomasse, Abfall und Abwasserwirtschaft, Energie- und Ressourceneffizienz, Geothermie, Kleinwasserkraft, Photovoltaik, Solarthermie und Wind
- Schweizer Finanzakteure gehören im Bereich inclusive finance (Mikrofinanz, Mikroversicherungen, etc.) zu den weltweit grössten Akteuren und engagieren sich in öffentlich-privaten Partnerschaften, welche zum Ziel haben, Haushalten mit niedrigem Einkommen, kleinbäuerlichen Betrieben und KMU den Zugang zu fairen Finanzdienstleistungen zu ermöglichen oder diese zu verbessern. Ein Beispiel für eine solche Partnerschaft ist die Swiss Capacity Building Facility (SCBF). Die SCBF unterstützt Finanzinstitutionen, die ihre Dienstleistungen für arme Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern zugänglich machen oder verbessern wollen.
- Die Schweizer Wissenschaft forscht auf den Themen des Targets und führt z.T. Projekte mit Entwicklungsländern durch.

Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz

Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz

| |
|---|
| <p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zurzeit gibt es noch ungefähr 1 Milliarde Menschen, die in extremer Armut leben. Diese durch systemische Interventionen zu erreichen ist schwierig. Die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsschichten haben nämlich kaum vom gesamten Wachstum und der Entwicklung profitiert. • Es fehlen oft verlässliche Daten, ohne welche es schwierig ist zu planen und Fortschritte zu dokumentieren. • Im Kontext der Umsetzung der UN Guiding Principles on Business and Human Rights, der internationalen Anstrengungen zu mehr Transparenz im Rohstoffgeschäft sowie der Debatte zur Konzernverantwortungs-Initiative besteht ein Handlungsdruck, es entstehen aber auch Opportunitäten für innovative Ansätze. • Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) können massgeblich zur Reduktion von Armut und der Schaffung neuer Arbeitsstellen (Stichwort e-Business) beitragen, indem die Menschen durch erleichterten Zugang u.a. zu Wissen, Bildungsangeboten und relevanten Informationen befähigt werden. Dies setzt aber voraus, dass mehr Menschen auf Breitbandinternet zurückgreifen können, als dies heute der Fall ist. Noch hat über die Hälfte der Menschheit keinen Zugriff zum Internet. |
|---|

| Involvierte Bundesstellen | |
|----------------------------------|-----------------------------|
| National involviert | ∅ |
| International involviert | BAKOM, BLW, DEZA, IGE, SECO |

| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
|---|--|
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | Swiss Fair Trade: Durch die Förderung des Fairen Handels verfolgen Swiss Fair Trade und seine Mitglieder unter anderem das Ziel, Kleinbauern den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu erleichtern. |
| | Swisscom: Grundversorgung Telekommunikation / Service Universel (nachhaltigen Zugangs zu Dienstleistungen) |
| | StopArmut bekämpft Armut und strukturelle Ungerechtigkeit durch die Sensibilisierung der Schweizer Bevölkerung in Bezug auf die Globalisierung und ihre Auswirkungen. Wir zeigen Wege, wie wir Finanzen wirkungsvoll zur Armutsbekämpfung einsetzen können. |
| | CBM believes that a key lever to improve the quality of life of persons with disabilities in poor communities is to empower them and their communities to claim their rights. Hence, we aim to drive inclusion, rights and equal opportunities for persons with disabilities and those at risk of disability through a participatory, rights-based development approach. |
| | Brücke · Le pont trägt dazu bei, dass benachteiligte Menschen in Afrika und Lateinamerika ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und ihre Armut durch eine faire und nachhaltige sozio-ökonomische Entwicklung überwinden. |
| | HeKS: Der praktische wie rechtliche Zugang zu Land/Ressourcen und dessen nachhaltige Nutzung sowie der gesicherte Zugang zu Dienstleistungen (Infrastruktur, Bildung, Soziale Sicherheit, etc.) sind Schlüsselziele der HEKS-Auslandstrategie, um wirtschaftliche Prosperität und Ernährungssicherheit zu fördern. HEKS stärkt Kleinbauern und -produzenten im ländlichen Raum im Landrecht (individuelle Landtitel wie auch kollektiv genutztes Land), Produktion, Marktzugang und hilft Landkonflikte lösen. |
| | Das Swiss TPH hat das Mandat ein Beitrag zur Reduktion von Armut zu leisten. |

| | |
|--|--|
| | CHOCOSUISSE: Absichtserklärung der Schweizer Plattform für Nachhaltigen Kakao enthält u.a. Ziele im Bereich Microfinance. |
| | Fastenopfer unterstützt und gestaltet Initiativen zugunsten ökologisch und demokratisch bestimmter Ernährungssysteme im Norden wie im Süden mit. FO orientiert sich dabei am Menschenrecht auf Nahrung und den Konzepten Agrarökologie und Ernährungssouveränität. Gemeinsam mit lokalen und internationalen Partnerorganisationen setzt sich FO dafür ein, dass sich die Finanzflüsse und die politischen Rahmenbedingungen so verändern, dass Land Grabbing eingedämmt bzw. verhindert wird. |
| | SGNI - Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft: Förderung des freien Zugangs zu lokalen Dienstleistungen durch Areal- und Grundstückseigentümer |
| | Service Agenda 21 - Ville durable, Ville de Genève: La politique municipale en matière de diversité lutte contre les discriminations et promeut l'accessibilité des prestations municipales pour toutes et tous http://www.ville-geneve.ch/fileadmin/public/Departement_1/Autres_fichiers/politique-municipale-diversite-ville-geneve.pdf |
| | FAIRMED: Für Menschen, die in Armut leben und verletzlich sind, ist die Gesundheit und der Zugang zu Gesundheit eine der wichtigsten Voraussetzungen für Beschäftigung, Ernährung, Bildung etc. FAIRMED Ziele setzen dort an. |
| | Armée du Salut: Notre développement de projet international s'engage à réduire la pauvreté dans les pays suivants: Brésil, Congo, RDC, Equateur, Haïti, Kenya, Myanmar, Pakistan, Zimbabwe. (https://di.armeedusalut.ch/projets/) Elle se donne comme objectif de le faire dans le respect et l'inclusion des nationaux. |
| | equiterre: Développement des projets de coopération internationale agricoles |
| | Fondation Kouadioblé II: Par le financement (via des microcrédits) d'activités génératrices de revenus pour tous en milieu rural. Nous mettons un accent particulier sur les projets relatifs non seulement à l'autosuffisance alimentaire mais aussi et surtout à l'autonomie financière des femmes qui en Afrique sont le pilier de l'économie. La formation des agriculteurs aux nouvelles techniques agricoles respectueuses de l'environnement. |
| Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann | Der durch Swiss Fair Trade geförderte Faire Handel führt zur Bildung von Produzentenkooperativen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Die Organisation in Kooperativen führt zu einer höheren Professionalisierung der Produzenten und stärkt ihre Verhandlungsmacht gegenüber Finanzinstituten. So wird der Zugang zu (Klein-)Krediten zur Finanzierung der nötigen Produktionsinputs (Saatgut, Dünger, etc.) für Produzenten vereinfacht. |
| | economiesuisse: Die Schweizer Unternehmen tragen mit ihren Produkten und Dienstleistungen zur Zielerreichung bei (exemplarisch und keineswegs abschliessend ABB in der Energieversorgung, Geberit bei sanitärischen Anlagen etc.) |
| | Caritas Schweiz trägt mit ihrer IZA zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen bei. In verschiedenen Ländern werden Bauernvereinigungen über Landrechte aufgeklärt und sie werden unterstützt, ihrem Recht Geltung zu verschaffen (Uganda, Tadjikistan zum Beispiel). |

| | |
|--|---|
| | WWF supports access to land of local communities. In Thailand/ Vietnam WWF contributes to sustainable, productive and resilient marine fisheries supporting livelihood. We support sustainable agriculture & aquaculture production strengthening resilience to climate change and benefits to rural communities. WWF works towards improving forest management practices, benefiting forest dependent communities. |
| | La contribution de Swisscom est majeure (Assurance du Service Universel Telecommunications) sur tous le territoire suisse. |
| | Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Die SP sieht ihre Rolle in erster Linie darin, für eine ausreichende öffentliche Finanzierung der Umsetzung der Agenda 2030 zu sorgen sowie auf der entwicklungspolitischen Kohärenz der gesamten Aussenbeziehungen der Schweiz zu beharren. Allein die unlauteren und ungesetzlichen Finanzflüsse aus Entwicklungsländern nach Industrieländern haben rund den siebenfachen Umfang der öffentlichen Entwicklungshilfe in der Gegenrichtung. Das ist ein Skandal, der viel zu wenig bearbeitet wird. |
| | Schweizerischer Nationalfonds, Abteilung Programme: NFP 68: Forschung im Bereich von grossen Landaquisitionen von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren in Ländern des globalen Südens. NFP 73: Forschung im Bereich von Microfinance. |
| | Universität Bern, Centre for Development and Environment: Investigation of ownership, access and control over land. Facilitation of social learning processes among various actors involved related to the question (e.g. r4d telecoupling, GLP) |
| | CBM Schweiz engagiert sich in 10 Schwerpunktländern (Bolivien, Burkina Faso, Ecuador, Indien, Laos, Madagaskar, Nepal, Pakistan, Peru, Tschad) sowie mit einzelnen Projekten in Angola, Vietnam, Uganda, DR Kongo, Guinea und Guatemala für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Einkommen. Wir verfolgen dabei den Twin Track Approach (behinderungsspezifische Projekte + Mainstreaming). |
| | Brücke · Le pont interveniert auf politischer Ebene, damit die (Land-) Rechte der kleinbäuerlicher Dorfgemeinschaften (insbesondere jene von Landlosen) respektiert werden und betreibt Prävention und Begleitungsarbeit im Bereich der modernen Sklaverei. |
| | Der Migros-Unterstützungsfonds unterstützt soziale und ökologische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz und weltweit. Dafür stehen jährlich CHF 1 Mio. zur Verfügung. Die berücksichtigten Projekte haben zum Ziel, Minderheiten zu fördern und die regionale Bevölkerung mit einzubeziehen. Sie verfolgen das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und sind nachhaltig. Im Sinne Duttweilers unterstützt der Fonds benachteiligte Personengruppen, darunter Kinder, Jugendliche und Frauen. |
| | HeKS: Zwischen 2009 und 2016 ermöglichte HEKS ½ Million Menschen den Zugang zu Land – 2016 arbeitete HEKS dazu in 12 Ländern mit 40 Projekten. Ergänzend setzt sich HEKS dafür ein, dass Land für die ländliche Bevölkerung Gewinn bringend genutzt werden kann mit Massnahmen zur nachhaltigen agroökologischen Produktion sowie dem Marktzugang. HEKS engagiert sich in globalen Prozessen wie der VGGT, der Einführung der UN declaration for Peasants' Rights oder der Global Convergence on Land & Water Struggles. |

| | |
|---|---|
| | <p>Swiss TPH: Im Auftrag der DEZA implementiert das Swiss TPH das Programme HPSS in Tansania das die Sozialversicherung in zwei Regionen stärkt. Für die derzeitige Phase verfügt das Programm über ein Budget von CHF 20 Millionen. Innerhalb von SNSF finanzierten Projekten nimmt das Swiss TPH Forschungsaktivitäten zu Sozialversicherungen in Ghana und Tansania (http://www.r4d.ch/modules/public-health) wahr.</p> |
| | <p>Universität Zürich: Am Center for Sustainable Finance and Private Wealth wird zu folgenden Themen geforscht: Soziale und finanzielle Performance von Investment Produkten, Mikrofinanzinstitutionen in der Schweiz, Messung und Aggregierung von Merkmalen der sozialen Performance von Fonds (Mikrofinanz), Zusammenhang und potentielle Trade-Offs zwischen sozialer und finanzieller Performance von Mikrofinanzinstituten. Zudem wurde ein Index für die finanzielle Performance der Microfinance Investment Vehikel erarbeitet.</p> |
| | <p>Swiss Sustainable Finance: Eine SSF Arbeitsgruppe zielt auf die Volumenerhöhung der schweizerischen Entwicklungsinvestments (Investment mit dem Ziel die Situation von unterprivilegierten Gesellschaftsschichten zu verbessern). Durch ihre Aktivitäten (Publikationen, Events, Konsultationen, politischer Dialog) arbeitet die Gruppe darauf hin, institutionelle und private Gelder in finanzielle Produkte zu leiten, welche die ökonomische Situation in Entwicklungsländern verbessern und gleichzeitig attraktive Renditen generieren.</p> |
| | <p>CHOCOSUISSE: ja, Mitgründung der Schweizer Plattform für Nachhaltigen Kakao.</p> |
| | <p>Fastenopfer unterstützt verschiedene Partnerorganisationen in seinen Programmen, die sich gegen Land Grabbing wehren und die betroffene Bevölkerung dabei unterstützen, ihren Zugang zu Land sicherzustellen. Fastenopfer hat die finanziellen Beteiligungen von Schweizer Banken und der öffentlichen Hand an Land Grabbing Projekten untersucht und macht öffentlichen Druck, damit keine öffentlichen Schweizer Gelder in Land Grabbing Projekte fliessen. Analoges hinsichtlich Wasserzugang.</p> |
| | <p>Alpen-Initiative: Informationsarbeit und Lobbying für gerechte Arbeitsbedingungen im Güterverkehr auf Strasse und Schiene.</p> |
| | <p>FAIRMED: Wasser, Zugang zu Gesundheit, Einforderung der Rechte von vulnerablen Menschen sind Bestandteile eines holistischen und multisektoriellen Ansatzes in FAIRMEDs Projekten vor allem im Kongobecken.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Förderung einer gerechten Wohnbaupolitik durch die Vermietung an vulnerable Gruppen, damit diese nicht gesundheitsgefährdenden Lagen ausgesetzt sind</p> |
| <p>Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs)</p> | <p>Scuola Vivante: Wie geht der Staat mit Schweizer Unternehmen um, die das gegenteilige Ziel verfolgen: Profit für die eigene Unternehmung auf Kosten der Armen und Schwachen.</p> |
| | <p>Caritas Schweiz: Globale Konzerne, mit Sitz in der Schweiz, sind mit beteiligt an land grabbing und zum Teil illegaler Enteignung von Land und Wasser.</p> |

| | |
|---|---|
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Als weltweit einer der grössten Rohstoffhandelsplätze nimmt die Schweiz die daraus resultierende Verantwortung nur völlig ungenügend wahr. Die Waffenlieferungen der Schweiz an die Staaten im Nahen und mittleren Osten übersteigen wertmässig die in dieser Region geleistete humanitäre Hilfe bei weitem. Wird der Import grauer Energien einbezogen, so beträgt der ökologische Fussabdruck der Schweiz ein Ausmass, dass drei Erden erforderlich wären, falls die ganze Menschheit so verschwenderisch wäre.</p> |
| | <p>Schweizerischer Nationalfonds, Abteilung Programme: NFP 68: Aufgrund der globalen Verflechtung haben Landnutzungsentscheide in der Schweiz stets einen internationalen Kontext und wirken sich direkt oder indirekt auf die Landnutzung in anderen Ländern aus. Rund 80 Prozent der von der Schweizer Volkswirtschaft beanspruchten Fläche liegt im Ausland. Dieser internationalen Kontext kommt in der Schweizer Raumentwicklung nicht zum Tragen.</p> |
| | <p>CBM Schweiz: Die BRK gilt es auch in der Aussenpolitik der Schweiz umzusetzen (Art. 11&32). Nur so kann dazu beigetragen werden, dass alle die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu grundlegenden Diensten erhalten und die Schweiz effektiv zur Armutsreduktion beiträgt. Zudem müssen Schweizer Firmen rechtlich verbindliche Standards im Ausland einhalten; sonst können sich die Länder des Südens nicht «entwickeln» und die im Target erwähnten Rechte und Zugang können nicht gewährt werden.</p> |
| | <p>Agenda 21 Wohnen bei Bern: Einen wichtigen Teil der Ressourcen und Dienstleistungen besteht in Form von Allgemeingütern. Die zentrale Bedeutung deren Sicherung und Qualität wird zu wenig erkannt. Die Thematik der Commons und die Institutionen für deren Nachhaltigkeit sind im Rahmen der Transformation aufzunehmen.</p> |
| | <p>Fastenopfer: Zielkonflikte zwischen der unkritischen multilateralen Finanzierung von Agrar-Investitionen durch das SECO via Development Finance Institutions DFIs einerseits und den Bemühungen von DEZA und NGOs nach einem gerechten Zugang zu Land andererseits. Zu wenig Schutz für Menschenrechtsaktivisten im Süden, die sich für gerechten Zugang zu Land einsetzen.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Zugang zu finanziellen Dienstleistungen unabhängig vom Aufenthaltsstatus überprüfen</p> |
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Caritas Schweiz: Verbindliche Regelungen einführen wie sie zum Beispiel die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht, wäre eine adäquate Antwort auf die bestehende Herausforderung der Inkohärenz.</p> |
| | <p>WWF Schweiz: In der Aussenpolitik könnte die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit stärker für die Rechte von armen Menschen, insbesondere Frauen und marginalisierten Gruppen einsetzen. Konsequenterweise müssten Verteilfragen und Gleichberechtigung auch in bilateralen Freihandelsabkommen, sowie im Rahmen der WTO Verhandlungen ebenso berücksichtigt werden von der Schweiz.</p> |

| | |
|--|--|
| | Schweizerischer Nationalfonds, Abteilung Programme: NFP 68: Die Schweiz hat die Bodenpolitik so zu gestalten, dass die nachhaltige Bodennutzung in der Schweiz nicht zu Lasten des globalen Bodenverbrauchs geht. Die Externalisierung der Landnutzung ist in der Raumentwicklungs- und Landwirtschaftspolitik der Schweiz zu berücksichtigen. |
| | CBM Schweiz: Gerade Menschen mit Behinderungen werden noch immer stark diskriminiert und erhalten keinen Zugang zu grundlegenden Diensten, Grundeigentum und Verfügungsgewalt über Grund und Boden, Erbschaften, natürlichen Ressourcen, geeigneten neuen Technologien und Finanzdienstleistungen. Sie gehören überdurchschnittlich oft zu den armen und benachteiligten Bevölkerungsschichten und müssen daher explizit berücksichtigt werden. Folglich muss die CH ihre Projekte der EZ systematisch inklusiv gestalten. |
| | Heks: Die Stärkung von Kleinbauern, -produzenten bei Zugang zu Land und Ressourcen sowie beim Marktzugang zwecks Einkommenssicherheit in der 'technischen Entwicklungszusammenarbeit', besonders bezüglich Rechten und Mitbestimmung durch die Bundespolitik, aber vor allem auch durch sensibilisierte Schweizer Unternehmen würden positive Auswirkungen haben. Starke Zivilgesellschaft, Demokratie, gute Gouvernanz sind Chancen für die jeweilige Bevölkerung, aber auch für die Schweizer Wirtschaft. |
| | Agenda 21 Wohlen bei Bern: Die Schweiz hat eine reiche Tradition und Erfahrung mit "common property institutions". Diese gilt es für die Herausforderungen zu nutzen und auch auf die internationale Ebene zu beziehen. |
| | Universität Zürich: Es wäre wichtig, den Markt für Development Investments national zu fördern und zu erleichtern. Dazu gehören eine Vereinfachung grenzüberschreitender Investitionen in entsprechende Anleihensmärkte sowie Anregungen zum Wissensaustausch sowie zur Messbarkeit entsprechender Finanzaktivitäten, inklusive deren Auswirkungen (in Anlehnung an das Communiqué der Staats- und Regierungschefs der G20 Gipfeltreffen in Hangzhou im September 2016) |
| | Swiss Sustainable Finance: Entwicklungsinvestments können bei der Verbesserung der ökonomischen Situation in Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Damit solche Produkte ihr volles Potential erreichen können (d.h. höhere Volumen an Investment zu generieren), sollten Rahmenbedingungen in Erwägung gezogen werden, um sie für Investoren attraktiver zu gestalten. Dies könnte z.B. die Flexibilisierung von Regulierung für Pensionskassen beinhalten. |
| | Der Entwickler: z.B. Zugang zu Wissen / Technologien, die häufig mit öffentlichen Geldern erworben werden und dann aber privatisiert werden! Das ist in grösstem Ausmass ungerecht und benachteiligt KMUs und einzelne Menschen |
| | Fastenopfer: Mehr Kohärenz zwischen Wirtschafts-Aussenpolitik und Entwicklungspolitik sowie Menschenrechtspolitik herstellen mit dem Ziel, dass schweizerische öffentliche und private Akteure den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten nachkommen. |
| | Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Förderung einer gerechten Wohnungsbaupolitik zusätzlich zu den Wohnbaugenossenschaften |

| | |
|--|--|
| | <p>Fondation Kouadioblé II: A l'échelle nationale, la Suisse est un bon élève car il n'y a pas d'écart important de revenus entre les différentes couches sociales. A l'échelle internationale, la Suisse devrait faire en sorte que l'aide au développement soit de plus en plus axée sur la promotion de l'emploi, l'autonomie financière des populations bénéficiaires.</p> |
|--|--|

Target 1.5

| Target-Information | |
|--------------------|---|
| Cible ODD : 1.5 | By 2030, build the resilience of the poor and those in vulnerable situations and reduce their exposure and vulnerability to climate-related extreme events and other economic, social and environmental shocks and disasters |



| État des lieux au niveau fédéral | | |
|---|--|--|
| Niveaux de l'état des lieux | National et international | |
| Objectif fixé par la Confédération | La Suisse minimise les risques de catastrophes d'ordre économique, social ou environnemental, des dangers naturels et des changements climatiques, protège la population, les biens et les ressources naturelles vitales et augmente la capacité d'adaptation de la société, de l'économie et de l'environnement (objectif de politique intérieure) | |
| Fondement(s) de l'objectif de la Confédération | Rapport du Conseil fédéral sur la gestion des dangers naturels en Suisse (2016), Sécurité contre les dangers naturels (PLANAT 2004), Niveau de sécurité face aux dangers naturels (PLANAT 2013), Stratégie de l'adaptation aux changements climatiques (volet 1 et 2, 2012/2014).. | |
| Articulation entre l'objectif de la Confédération et la cible ODD | L'objectif de la Confédération se concentre sur la prévention des catastrophes d'ordre économique, social ou environnemental, des dangers naturels et des changements climatiques. Il ne cible pas spécifiquement les pauvres ou les personnes en situation vulnérable, mais englobe tous les individus et tous les biens. L'objectif de la Confédération peut dès lors être considéré comme suffisamment ambitieux. | |
| | La portée de l'objectif de la Confédération est-elle suffisante ? | Oui |
| Indicateur(s) pour la Suisse | Décès causés par les crues, laves torrentielles, glissements de terrain, chutes de pierres et éboulements, avalanches, vagues de chaleur. | Remarques : Source des données : WSL. Correspond partiellement à l'indicateur IAEG. Voir également l'indicateur « Dommages causés par des événements naturels » de la cible 11.5. |
| Indicateur(s) IAEG-ODD | 1.5.1 Number of deaths, missing persons and persons affected by disaster per 100,000 people 1.5.2 Direct disaster economic loss in relation to global gross domestic product (GDP) | Remarques : 1.5.1 : L'indicateur est productible et pertinent pour l'objectif de la Confédération. 1.5.2 : L'indicateur n'est pas productible et pertinent pour l'objectif de la Confédération. C'est pourquoi il n'a pas été sélectionné. |

| Contributions de la Suisse |
|---|
| Au niveau fédéral |
| <p>National : La protection contre les dangers naturels se conforme aux principes de la gestion intégrée des risques. En associant de manière appropriée diverses mesures de protection, il est possible de réduire les risques existants à un niveau acceptable et d'empêcher l'apparition de nouveaux risques inacceptables.</p> <ul style="list-style-type: none"> Mesures mises en place pour garantir un aménagement du territoire fondé sur les risques. (1) Mise en œuvre de OWARNA (Optimisation de l'alerte et de la transmission de l'alarme) qui vise à optimiser l'alarme et la transmission de l'alerte en cas de dangers naturels (prévision, alarme et préparation). (2) Elaboration d'une boîte à outils « Dialogue sur les risques naturels » qui aide à la |

planification et à la mise en œuvre de l'information sur les dangers naturels.

- Umsetzung des Aktionsplans «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» (64 Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel)
- Création du «National Centre for Climate Services », un réseau fédéral dédié aux services climatologiques. Deux des thèmes prioritaires du NCCS s'occupent des événements extrêmes et phénomènes dangereux et des crues pour améliorer la gestion des risques
- Strategisches Forschungsfeld 17 von Agroscope : Die Landwirtschaft für den Klimawandel fit machen und ihren Beitrag zum Klimawandel vermindern.
- Klimastrategie Landwirtschaft, in welcher die Produktion u.a. durch Anpassungen gewisser agronomischer Praktiken und Verfahren an den Klimawandel gesteigert und die Treibhausgasemissionen gleichzeitig gesenkt werden sollen

Références importantes sur les mesures : (1) Rapport de synthèse de deux planifications test au niveau du plan d'affectation communal, (2) Rapports OWARNA (2006 et 2010), Rapport du Conseil fédéral sur la gestion des dangers naturels en Suisse (2016), Forschungskonzept Land- und Ernährungswirtschaft 2017 – 2020, Klimastrategie Landwirtschaft (2011).

International :

La coopération internationale de la Suisse considère la réduction des risques de catastrophes comme l'un des quatre thèmes prioritaires de l'aide humanitaire.

- La Confédération prend part aux négociations sur les accords multilatéraux relatifs au climat et s'engage dans le dialogue politique pour des solutions différenciées et équilibrées. Elle soutient des projets dans différents domaines comme l'énergie, la forêt, l'adaptation au changement et au variabilité climatiques, le développement en région de montagne et la prévention des risques naturels. (1)
- La Suisse a adopté de le Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030 (SFDRR) et s'engage ainsi à travers la cible F du SFDRR ainsi à apporter son soutien technique et financier en matière de gestion intégrée des risques aux pays en développement afin qu'ils mettent en œuvre le cadre d'ici 2030.
- Die Schweiz engagiert sich im Rahmen vom Global Framework for Climate Services der Weltorganisation für Meteorologie WMO, ein Rahmenwerk, das sich weltweit für die Verbesserung der Anpassungsfähigkeit bezüglich Klimavariabilität und den Klimawandel engagiert. Ein Fokus liegt dabei auf der Minimierung der klimabedingten Risiken (Disaster Risk Reduction, DRR) in Entwicklungs- und Schwellenländern.
- La Suisse contribue à travers différents projets et programmes mis en œuvre dans les pays partenaires. Elle promeut l'approche de la gestion intégrée des risques, en combinant sur la base d'une compréhension solide des risques (ex. soutien au Tadjikistan aux communautés et au gouvernement à la cartographie des risques géologiques) et d'une bonne gouvernance (ex. assistance au gouvernement Bolivien afin d'améliorer la gouvernance du risque à tous les niveaux), des mesures de prévention (ex. reforestation de mangroves au Myanmar ou lutte contre l'érosion au Pakistan) de préparation (ex. construction au Myanmar d'infrastructures résistantes aux cyclones à utiliser en cas d'évacuation), et de transfert des risques (ex. favoriser l'accès des petits paysans en Amérique Centrale aux micro assurances). Elle soutient également à travers son programme global Changement climatique et environnement des projets concertant l'énergie, la forêt, l'adaptation et le développement en région de montagne.
- La coopération de la Suisse se fait également par le biais de son engagement pour influencer le système international en matière de réduction des risques de catastrophes, et de son soutien aux partenaires internationaux comme le Global Facility for Disaster Reduction and Recovery (GFDRR) et UNISDR. En tant que membre, la Suisse accueille également régulièrement la plateforme globale pour disaster risk reduction de laq (DRR) où les progrès de mise en œuvre des cadres internationaux DRR y sont revus et qui met en œuvre un agenda pour la protection des personnes contraintes de fuir à l'étranger en raison des catastrophes naturelles.
- Participation à la plate-forme Risques naturels de la Convention alpine (PLANALP) pour le développement de stratégies communes pour la prévention des risques naturels dans les Alpes.
- Participation à plusieurs commissions qui assurent la collaboration entre les pays par rapport aux eaux transfrontalières.

Références importantes sur les mesures : (1) Programme global Changement climatique et

environnement, strategic framework 2014-2017 ; Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015-2030 (SFDRR), Global Framework for Climate Services (GFCS) der Weltorganisation für Meteorologie WMO.

Aux niveaux cantonal et / ou communal

- La protection contre les dangers naturels est une tâche commune de la Confédération et des cantons. Les cantons sont tenus de mettre en œuvre les mesures de protection en impliquant les communes et d'autres partenaires comme les exploitants d'infrastructures et d'ouvrages, les syndicats d'endiguements ou encore les propriétaires fonciers et forestiers. Les cantons reçoivent de la Confédération des subventions en fonction des prestations sous forme d'aides financières globales fixées dans des conventions-programmes de quatre ans.

Exemples de contributions fournies par les acteurs non gouvernementaux

- De nombreux acteurs non gouvernementaux sont indispensables à une bonne gestion des dangers naturels. Les activités de fédérations ou d'organisations, par exemple l'Association pour le génie biologique, le Groupement suisse de la géologie de l'ingénieur, l'association des Experts en danger naturels suisse, la Commission protection contre les crues (CIPC) et la Société Suisse du Génie Parasismique et de la Dynamique des Structure contribuent à la réalisation de la cible ODD.
- Les assurances obligatoires couvrent les dommages potentiels causés par les événements naturels à l'exception des séismes.
- La population assume sa propre responsabilité pour protéger ses biens personnels et sa propre santé (comportement adapté en cas d'événement).
- La communauté scientifique fournit à travers ses recherches des informations importantes sur les risques liés aux dangers naturels.

Appréciations de la Confédération sur la contribution de la Suisse

Enjeux et opportunités pour la Suisse

Niveau national :

- Un enjeu important réside dans le développement de l'analyse des risques et des dangers et la mise en œuvre conséquente de la gestion des risques intégrée.
- Responsabilité individuelle n'est pas suffisamment assumée.
- Les documents de base sur les dangers doivent être complétés et mis à jour régulièrement.
- Les cartes et les documents de base sur les dangers et les risques ne sont pas transposés totalement dans l'aménagement du territoire.
- L'offre de formation et de perfectionnement devrait être étoffée à tous les niveaux de l'enseignement, de même que la recherche et le développement dans le domaine des dangers naturels.
- Il existe des lacunes par rapport à la prise en compte des responsabilités à tous les niveaux (Confédération, cantons, communes, population, assurances, etc.) et dans la conscience de la population vis-à-vis des risques.
- La croissance démographique constitue un défi.
- La protection contre les dangers naturels nécessite une planification globale et durable.
- L'optimisation de la maîtrise des dangers naturels (alarme, sauvetage, aide aux victimes et mesures d'urgence) et du rétablissement est possible.

Niveau international :

- Les compétences existantes en Suisse en matière de dangers naturels sont reconnues internationalement. La longue expérience dans le domaine de la prévention des dangers naturels peut être mieux valorisée au niveau international. L'échange d'expériences entre les pays und innerhalb der Departemente (Entwicklungszusammenarbeit und Fachämter) ist zu verstärken.
- Plusieurs acteurs notamment de la société civile suisse (ONGs internationales), du secteur privé (principalement du secteur des réassurances), de la confédération ont développé des approches construisant la résilience des plus vulnérables et ont la volonté de partager cette expérience.
- Als Sitzstaat der WMO hat die Schweiz nicht nur die Chance, sondern auch eine Verantwortung, die Rolle der WMO zu stärken. Die aktive Teilnahme in deren Programmen und Governance stärkt der Visibilität der Schweiz in den Bereichen Meteorologie und Klimatologie.

| Services fédéraux participants | |
|---------------------------------------|---|
| Niveau national | MétéoSuisse, OFAG, OFEV, OFPP, OFSP |
| Niveau international | DDC, MétéoSuisse, OFAG, OFEV, SECO, SEM |

| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
|---|---|
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | Swiss Fair Trade: Mit einer Stärkung des Fairen Handels in der Schweiz und im Ausland verfolgt Swiss Fair Trade das Ziel, die Resilienz von Kleinproduzenten in ruralen Kontexten gegenüber dem Klimawandel, ökonomischen oder ökologischen Schocks zu stärken. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Resilienz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in armen und exponierten Regionen und Gemeinschaften sind Kernthemen des Arbeitsfeldes "Umwelt und Klimawandel". Beratung von Behörden, Gemeinschaften, Zivilgesellschaft. Internationale, nationale und lokale Advocacy. |
| | Schweizerisches Rotes Kreuz: International: Stärkung der Resilienz von Gemeinden, gegenüber Naturgefahren exponierten Dorfgemeinschaften und vulnerablen Bevölkerungsgruppen |
| | En sa qualité de plateforme non-partisane et interdisciplinaire, sanu durabilitas a pour objectif de contribuer à l'échange entre les chercheurs, les praticiens et les décideurs. En sa qualité de laboratoire, la fondation promeut la collaboration avec les acteurs et les autorités pour tester la mise en œuvre des solutions proposées, en particulier dans l'adaptation au changement climatique. |
| | CBM Schweiz: Partners in risk areas incorporate DIDRR (Disability Inclusive DRR) in their CBID (Community Based Inclusive Development) programmes. Country plans in high risk countries include a DRR strategy. |
| | CHOCOSUISSE: Initiierung, Mitgründung und Unterstützung der Schweizer Plattform für Nachhaltigen Kakao |
| | Fastenopfer setzt sich in seinen Programmen und in seiner Kampagnenarbeit dafür ein, dass Auswirkungen des Klimawandels reduziert werden und Partnerorganisationen dank DRR Aktivitäten ihre Resilienz erhöhen können |
| | SGNI - Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft: Förderung resilienter Gebäude gegenüber Klimaerwärmung |
| | ICC Position zu "Disaster Risk Reduction" präsentiert an der Sitzung von Sendai. |
| | cemsuisse - Verband der Schweizerischen Cementindustrie: Wir sehen vor allem bauliche Massnahmen, welche die Bevölkerung vor Naturkatastrophen schützen können. Entsprechend sollte bei staatlichen Bauten der Wahl von sehr soliden - und somit auch sozial nachhaltigen - Baustoffen eine grosse Aufmerksamkeit zukommen. |
| | Fondation Kouadioblé II: Sensibilisation des populations rurales qui sont les plus vulnérables aux effets des changements climatiques à travers des campagnes de lutte contre les feux de brousse et l'appauvrissement planifié des sols dû à l'utilisation de nombreux pesticides dans l'agriculture. |

| | |
|---|---|
| <p>Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Swiss Fair Trade: Der Faire Handel trägt über verschiedene Kanäle zu einer höheren Resilienz von ruralen Bevölkerungsschichten in Entwicklungs- & Schwellenländern bei: Die Fair Trade-Prämie erlaubt Investitionen bspw. in Weiterbildungen & Infrastruktur; Trainings zum Klimawandel oder Umwelt/Biodiversität verbessern den Umgang mit Naturrisiken; besserer Zugang zu Finanzprodukten senkt das Produktionsrisiko. Durch die Armutsreduktion & den Aufbau von Know-How wird die Gemeinschaft gegenüber den Risiken resilienter.</p> |
| | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: Eigene Projekt- und Advocacy-Arbeit im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit-</p> |
| | <p>economiesuisse: Die Wirtschaft trägt aktiv und konstruktiv zur "Disaster Risk Reduction" weltweit bei (z.B. Aktivität SwissRe).</p> |
| | <p>Schweizerisches Rotes Kreuz: International: Zahlreiche Programme in Asien, Afrika, Lateinamerika zur Katastrophenvorsorge und -risikoverminderung (Disaster Risk Management) und Stärkung der Resilienz auf Gemeindeebene</p> |
| | <p>Die Caritas führt seit Jahren die CH NGO DRR Platform, welche 17 NGO zusammenbringt und den Wissensaustausch im Bereich Naturgefahrenmanagement im Ausland zum Ziel hat. Caritas Schweiz setzt jährlich zirka 5 Millionen CHF um, um Naturgefahren besser zu verstehen und mit den daraus resultierenden Risiken besser umzugehen. Dabei spielen Prävention, Mitigation, Vorbereitung und Risikotransfer aufeinander abgestimmt eine zentrale Rolle.</p> |
| | <p>Der WWF fördert mit seinen Projekten in Fokusregionen eine dem klimawandel angepasste Land- und Forstwirtschaft, welche die natürlichen Ressourcen schont und ein alternatives Einkommen für bäuerliche Gemeinschaften ermöglicht.</p> |
| | <p>Université de Lausanne: La base de données RECHALP (http://rechalpvd.unil.ch) regroupe un grand nombre de connaissances sur l'état des Alpes vaudoises.</p> |
| | <p>Universität Bern, Centre for Development and Environment: Various research and implementation projects particularly regarding climate-related extreme events, as well as environmental disasters.</p> |
| | <p>CBM unterhält Disability inclusive DRR-Projekte in verschiedenen Ländern. Wir konzentrieren uns hierbei nicht nur auf Menschen mit Behinderungen, sondern ziehen die ganze Gemeinschaft mit ein, um ihre Resilienz zu erhöhen. Wir machen zudem politische Arbeit für inklusive Katastrophenvorsorge und sensibilisieren andere Organisationen und den Bund für inklusive Katastrophenvorsorge mit Kursen und weiteren Angeboten.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont führte im Programm 2013-2016 als regionalspezifisches Transversalthema in Zentralamerika Disaster Risk Reduction (DRR) und Adaptation to Climate Change (ACC).</p> |
| | <p>Migros-Genossenschafts-Bund: Mit den Labelprogrammen UTZ und Fairtrade Max Havelaar trägt die Migros zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei und die Kleinbauern lernen, wie verändernden Klimabedingungen umzugehen.</p> |
| | <p>Eine Swiss Sustainable Finance Arbeitsgruppe zielt auf die Volumenerhöhung der schweizerischen Entwicklungsinvestments (Investment mit dem Ziel die soziale/ökologische/ökonomische Situation von unterprivilegierten Gesellschaftsschichten zu verbessern). Mitglieder dieser Gruppe haben Klimaversicherungsprodukte entwickelt, welche stark gefährdete Bevölkerungsgruppen versichern sollen. Durch unsere</p> |

| | |
|--|--|
| | Aktivitäten helfen wir unseren Mitgliedern, Sichtbarkeit von und Interesse an solchen Themen zu erhöhen. |
| | Syngenta: Planting seeds of success for women farmers in Kenya https://www4.syngenta.com/who-we-are/about-our-business/our-stories/technoserve-partnership Farmers help each other to become more prosperous https://www4.syngenta.com/who-we-are/about-our-business/our-stories/rice-smallholders Boosting food security in Guatemala https://www4.syngenta.com/who-we-are/about-our-business/our-stories/iidemaya |
| | CHOCOSUISSE: Unterstützung Schweizer Plattform für nachhaltigen Kakao |
| | ICC Switzerland: Mitwirkung im DRR-Prozess |
| Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs) | Fondation sanu durabilitas: En omettant de prendre en compte les critères de qualité des sols, l'aménagement encourage l'imperméabilisation des surfaces, là où l'absorption pourrait réduire les dommages dus aux crues. Ici, la coordination entre les politiques d'aménagement et de protection des sols est insuffisante. De manière générale, la ressource sol n'est pas gérée de manière durable en Suisse. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Inkohärenz in der Klimapolitik. |
| | Schweizerisches Rotes Kreuz: International: erfolgreiche Synergien ergeben sich aus Partnerschaften zwischen staatlicher (DEZA), privater (z.B. Versicherer), Forschung und zivilgesellschaftlicher (NGOs) Akteure. |
| | Caritas Schweiz: Energiepolitik, Wirtschaftspolitik und Armut und Klimapolitik sind oftmals inkohärent. |
| | Schweizerische Energie-Stiftung SES: Infrastruktur im Alpenraum ist stark durch die Veränderung des Klimas bedroht (Steinschläge, Hochwasser, auftauender Permafrost) und die Nutzerinnen und Nutzer sind stärker gefährdet. |
| | CBM Schweiz: Die BRK gilt es in der Nothilfe und DRR-Bereich umzusetzen (Art. 11). Die Katastrophenhilfe und -vorsorge bildet zudem einen Schwerpunkt der Botschaft 17-20 zur Int. Zusammenarbeit. Damit die Verpflichtung aus der BRK und die eigenen Ziele des Bundes erreicht werden, müssen Menschen mit Behinderungen systematisch miteinbezogen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass diejenigen, die am gefährdetsten sind, Schutz erhalten. Inklusive Kommunikation und das Zwei-Sinne-Prinzip sind zentral. |
| | Alpen-Initiative: Infrastruktur im Alpenraum ist stark durch die Veränderung des Klimas bedroht (Steinschläge, Hochwasser, auftauender Permafrost) und die Nutzerinnen und Nutzer sind stärker gefährdet. |
| Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann | Caritas Schweiz: CO2 Ausstoss und Wasserverbrauch der Schweiz tragen zur Erhöhung des Risikos bei, welches mehrheitlich von der Bevölkerung im Süden getragen wird. Ein CO2 reduzierte Entwicklung ist deshalb notwendig, damit die Schäden nicht ins Unermessliche steigen. Gleichzeitig muss die Schweiz (zusammen mit anderen Ländern) die Verantwortung für die eingetretenen Risiken mittragen. Das Versicherungs-Know-How kann zur Problemlösung entscheidend beitragen. |

| | |
|--|--|
| | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: In der internationalen Klimapolitik: Fokussierung auf die Adaptation bzgl. Umwelt- und Klimaveränderungen in Entwicklungsländer zugunsten benachteiligten Gemeinschaften.</p> |
| | <p>Schweizerisches Rotes Kreuz: besonderer Fokus auf besonders Verletzliche; International: grössere Synergien zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit.</p> |
| | <p>Fondation sanu durabilitas: A l'échelle nationale, impliquer de manière plus intense les cantons, les villes et communes. La Confédération devrait les soutenir par des informations ciblées, des forums participatifs et des programmes de soutien à des projets locaux d'adaptation au changement climatique, notamment au plan de l'aménagement, de l'énergie et des aspects sociaux.</p> |
| | <p>WWF Schweiz: Direktzahlungen besser auf ökologischere Landwirtschaft ausrichten. Wenn die Schweizer Landwirtschaft ohne Kunstdünger, Pestizide und importiertes Kraftfutter auskommt, schont dies auch Tropenwälder im Amazonas und Wälder in Indonesien. Die Futtermittelbranche, die Fleischindustrie, die Labelorganisationen und die Grossverteiler müssen mehr tun, indem sie konsequent Soja aus verantwortungsbewusster Produktion fordern.</p> |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Institutionelle Vorkehrungen, damit die entwicklungspolitische Kohärenz des staatlichen Handels grösser wird. Der Finanz- und Rohstoffhandelsplatz stärkt - wie das Beispiel Mosambik zeigt - die Verletzlichkeit von Millionen Menschen und erhöht deren Armut. Dennoch passiert nichts. Umso wichtiger ist ein Ja zur Konzernverantwortungsinitiative, damit solche Machenschaften sichtbar und gerichtlich einklagbar werden.</p> |
| | <p>CBM Schweiz: Art. 11 der BRK verpflichtet die Schweiz, sowohl die aktive Partizipation von und Koordination mit Menschen mit Behinderungen sicher zu stellen, als auch alle DRR-Massnahmen inklusiv zu planen, umzusetzen und zu evaluieren. Nur so kann die Umsetzung von Art. 11 gewährleistet und damit das Überleben und der Schutz von Menschen mit Behinderungen vor Verletzungen und Diskriminierungen sichergestellt werden. Die Erhebung von Daten zu Menschen mit Behinderung ist zudem zentral für die Erfolgsmessung.</p> |
| | <p>Swiss Sustainable Finance: Entwicklungsinvestments können bei der Verbesserung der ökonomischen Situation in Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Damit solche Produkte ihr volles Potential erreichen können (d.h. höhere Volumen an Investment zu generieren), sollten Rahmenbedingungen in Erwägung gezogen werden, um sie für Investoren attraktiver zu gestalten. Dies könnte z.B. die Flexibilisierung von Regulierung für Pensionskassen beinhalten.</p> |
| | <p>Alpen-Initiative: Schutz von Schienen- und Strasseninfrastruktur im Alpenraum. Stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, um den Klimawandel zu beschränken.</p> |

Target 1.a

| Target-Information | |
|------------------------|---|
| SDG-Target: 1.a | Ensure significant mobilization of resources from a variety of sources, including through enhanced development cooperation, in order to provide adequate and predictable means for developing countries, in particular least developed countries, to implement programmes and policies to end poverty in all its dimensions |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|---|---|
| Ebene der Bestandesaufnahme | International | |
| Zielsetzung des Bundes | Der Bund unterstützt Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern durch öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und verstärkt die Katalysatorwirkung der öffentlichen Mittel durch die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für die Armutsbekämpfung in allen ihren Dimensionen (ausserpolitische Zielsetzung) | |
| Grundlage(n) der Zielsetzung des Bundes | Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017- 2020; Addis Ababa Action Agenda on the 3rd International Conference for financing for Development, Addis 2015; Global Partnership for Effective Development Cooperation, Nairobi 2016 | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | ∅ | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Ja |
| Indikator Schweiz | Kein Indikator | Bemerkungen: Es handelt sich um eine internationale Zielsetzung des Bundes. |
| SDG IAEG Indikator | 1.a.1 Proportion of resources allocated by the government directly to poverty reduction programmes 1.a.2 Proportion of total government spending on essential services (education, health and social protection) | Bemerkungen: Die Indikatoren sind produzierbar. |

| Beiträge der Schweiz |
|---|
| Auf Bundesebene |
| <p>International: Die Schweiz unterstützt die Addis Ababa Action Agenda (financing for development), die eine verstärkte und ausreichende Finanzierung der Entwicklung, insbesondere der Bekämpfung der Armut, zum Ziel hat. Die Schweiz mobilisiert Mittel auf folgenden Kanälen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die öffentliche bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit hat einen Fokus auf Armutsbekämpfung. • Diese wird in den Partnerländern nach den Prinzipien der „Effektivität“ eingesetzt, das heisst sie sind vorhersehbar und auf die Prioritäten des Partnerlandes abgestimmt, sie orientieren sich an Resultaten und Transparenz und optimieren so ihre Wirkung; • Die Unterstützung für die Mobilisierung eigener Ressourcen in Entwicklungsländern, etwa durch die Stärkung des Steuer- und Finanzsystems wird verstärkt; • Unterstützung von Programmen, die die Entwicklungswirkung von Geldüberweisung von Migranten (Remittances) optimieren, dazu gehören Anstrengungen, die Überweisungskosten zu senken; • Durch die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor z.B. in sogenannten „Public Private Development Partnerships“ werden zusätzliche Mittel durch den Privatsektors für die Entwicklung und Armutsbekämpfung mobilisiert; |

| |
|--|
| <ul style="list-style-type: none"> • Die Partnerschaft mit schweizerischen Nicht Regierungs- Organisationen erlauben es, weitere Mittel, etwa durch private Spenden und spezifisches Wissen zu bereitzustellen; • Dies Schweiz setzt sich dafür ein, dass der Abfluss von unlauteren und unrechtmässigen Finanzflüssen aus Entwicklungsländern eingeschränkt wird, etwa durch Bekämpfung der Korruption, Geldwäscherei und der Steuerhinterziehung, sowie durch die Identifikation, Blockierung und Rückführung gestohlener Vermögenswerte (asset recovery) <p>Wichtige Referenzen: Botschaft Internationale Zusammenarbeit 2017- 2020; Addis Ababa Action Agenda on the 3rd International Conference for financing for Development, Addis 2015; Global Partnership for Effective Development Cooperation, Nairobi 2016; Unlautere und unrechtmässige Finanzflüsse aus Entwicklungsländern – Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats 13.3848 (Ingold) vom 26. September 2013 und des Postulats 15.3920 (Maury Pasquier) vom 23. September 2015; Strategie der Schweiz zur Sperrung, Einziehung und Rückführung von Potentatengeldern („Asset Recovery“)</p> |
| Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene |
| <ul style="list-style-type: none"> • Verschiedene Kantone und Gemeinden verfügen über eigen Programme der internationalen Zusammenarbeit • Steuerbefreiung von Spenden an private Hilfsorganisationen schaffen Anreize |
| Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure |
| <ul style="list-style-type: none"> • Programme von NGOs sowie privatrechtlichen Stiftungen und Multi Stakeholder Partnerschaften • Private Public Partnerships |

| |
|---|
| Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz |
| Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz |
| <p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Fokus auf die Armutsbekämpfung in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit soll beibehalten und durch verstärkte Wirkungsmessung verbessert werden; • Die Schweiz als gewichtiger Finanz- und Wirtschaftsplatz, hat ein Potenzial, zusätzliche private Mittel zu mobilisieren, dazu ist der Ausbau von verschiedenen Modalitäten der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor vorgesehen |

| | |
|----------------------------------|----------------------------|
| Involvierte Bundesstellen | |
| National involviert | Ø |
| International involviert | BAFU, BLV, BLW, DEZA, SECO |

| | |
|---|--|
| Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017 | |
| Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht | Swiss Fair Trade will den Fairen Handel mit Partnern aus dem öffentlichen und privaten Sektor stärken. Durch die Förderung des Fairen Handels kann die Armutsbekämpfung im Ausland vorangetrieben werden. |
| | Alliance Sud: Mindestens 0.7% des BNE für APD, neue und zusätzliche Mittel für internationale Klimafinanzierung. Fokussierung der APD-Mittel auf die ärmsten Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern. Fokussierung auf armutsreduzierende Programme, keine Zweckentfremdung von APD-Mitteln für diplomatische Netzwerkpflege. Keine Anrechnung von Asylkosten und Sicherheitskosten als APD. |
| | Helvetas Swiss Intercooperation: Positionspapier "Im Zeichen der Agenda 2030": Erhöhen der Mittel für Arbeitsbekämpfung: 0.7% des BNE für ODA. Wichtig: neue und zusätzliche Mittel für internationale Klimafinanzierung mit neuen Finanzierungsmechanismen. Keine Anrechnung der Asylkosten bei ODA. |

| | |
|--|---|
| | economiesuisse: Entscheidend ist vor allem das Schaffen von verlässlichen und zuverlässigen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne kommt der Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Investitionsschutzes eine zentrale Bedeutung zu. |
| | Caritas Schweiz: Mindestens 0.7% - und im günstigsten Fall 1% - des BNE für APD, neue und zusätzliche Mittel für internationale Klimafinanzierung. Fokussierung der APD-Mittel auf die ärmsten Menschen. Beschränkung der Anrechnung von Asylkosten und Sicherheitskosten als APD. |
| | SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Zielsetzung, dass die Schweiz sich nicht nur im Bereich policy für die Armutsbekämpfung einsetzt, sondern auch die nötigen finanziellen Mittel dafür einsetzt. Advocacy für 0.7% ODA |
| | ecos: In den Schwerpunktthemen Fairer Handel und nachhaltige textile Wertschöpfungsketten engagiert sich ecos für die Armutsbekämpfung im Süden. |
| | Das Swiss TPH hat das Mandat ein Beitrag zur Reduktion von Armut zu leisten. |
| | Unité: Notre organisation veille à la qualité des engagements de volontaires depuis la Suisse dans le renforcement des capacités d'organisations locales de développement au travers de standards, évaluations, appuis institutionnels, études et séminaires. Nous promovons un partenariat horizontal et des échanges Nord-Sud-Sud. Nous sommes également actif dans la sensibilisation et l'information en Suisse sur les problématiques du développements. |
| | La FEDEVACO s'engage pour que les collectivités publiques accroissent leur engagement en faveur de la solidarité internationale à 0,7% au moins, non seulement au niveau fédéral, mais également cantonal et communal à travers un plaidoyer et un travail de sensibilisation auprès du public, des élus-e-s et administrations vaudoises. |
| | SWISSAID: Mindestens 0.7% des BNE für APD, neue und zusätzliche Mittel für internationale Klimafinanzierung. Fokussierung der APD-Mittel auf die ärmsten Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern. Fokussierung auf armutsreduzierende Programme, keine Zweckentfremdung von APD-Mitteln für diplomatische Netzwerkpflege. Keine Anrechnung von Asylkosten und Sicherheitskosten als APD. |
| | Fastenopfer: Mindestens 0.7% des BNE für ODA, neue und zusätzliche Mittel für internationale Klimafinanzierung. Fokussierung der ODA-Mittel auf die ärmsten Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern. Fokussierung auf armutsreduzierende Programme, keine Zweckentfremdung von ODA-Mitteln für diplomatische Netzwerkpflege. Keine Anrechnung von Asylkosten und Sicherheitskosten als ODA. |
| | FAIRMED: Gesundheit für die Ärmsten |
| | ICC Switzerland: Entscheidend ist vor allem das Schaffen von verlässlichen und zuverlässigen Rahmenbedingungen. In diesem Sinne kommt der Gewährleistung der Rechtssicherheit und des Investitionsschutzes eine zentrale Bedeutung zu. |
| | Die Evang.-ref. Landeskirche unterstützt die Gedanken des fairen Handels und praktiziert eine faire, sozialökologische Beschaffung. |

| | |
|---|---|
| | <p>La mission de Latitude 21 consiste notamment à diffuser une information de qualité sur la coopération internationale et le développement durable dans le canton de Neuchâtel. La fédération travaille en partenariat avec les collectivités publiques (Confédération, Canton de Neuchâtel, communes du canton) afin de mobiliser des ressources pour l'aide publique au développement, à travers le financement des projets menés par les ONG qui sont membres de Latitude 21.</p> |
| | <p>equiterre: Développement des projets de coopération internationale en matière d'agriculture</p> |
| <p>Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Swiss Fair Trade: Unter anderem durch die Zusammenarbeit mit dem SECO trägt Swiss Fair Trade zu einer breiteren Wahrnehmung des Fairen Handels und Vorteile dessen in der Schweizer Bevölkerung bei. So kann der Absatzmarkt für Fairen Handel geschaffen werden, was wiederum bei der Armutsbekämpfung in Entwicklungs- und Schwellenländern hilft.</p> |
| | <p>Alliance Sud erarbeitet Stellungnahmen, um die angedachten Instrumente zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel und den Einsatz von APD-Mitteln möglichst armutsreduzierend einzusetzen. Dazu gehört: Domestic Ressource Mobilisation nicht via MWSt sondern faire, progressive Steuerregeln, PPDP kritisch hinterfragen bezüglich Effektivität, Effizienz, klare Kriterien zu Menschenrechten und Umweltstandards...</p> |
| | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: Hauptziel der EZA von Helvetas ist die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.</p> |
| | <p>Die SP kämpft auf politischer Ebene für eine glaubwürdige Umsetzung der Verpflichtungen, welche die Schweiz mit der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaabkommen eingegangen ist. Fossile Energien sind endlich. Alle Prognosen zeigen, dass sich die Erdöl- und Erdgaspreise erhöhen werden. Schon heute geben wir für Erdöl und Uran jährlich mehr als 10 Milliarden Franken aus. Schon deshalb sind Investitionen in fossile Infrastruktur zu vermeiden. Auch zur Friedensförderung braucht es die Energiewende.</p> |
| | <p>Schweizerischer Nationalfonds, Abteilung Programme: Main goal of Swiss Programme for Research on Global Issues for Development (r4d programme): solving urgent global problems and securing global public goods in Africa, Asia and South America within the normative and conceptual framework of global sustainable development; www.r4d.ch</p> |
| | <p>Der Migros-Unterstützungsfonds unterstützt soziale und ökologische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in der Schweiz und weltweit. Dafür stehen jährlich CHF 1 Mio. zur Verfügung. Die berücksichtigten Projekte haben zum Ziel, Minderheiten zu fördern und die regionale Bevölkerung mit einzubeziehen. Sie verfolgen das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und sind nachhaltig. Im Sinne Duttweilers unterstützt der Fonds benachteiligte Personengruppen, darunter Kinder, Jugendliche und Frauen.</p> |
| | <p>Unité: Notre organisation promeut la coopération au développement par l'échange de personnes. Elle soutient des échanges Nord-Sud, Sud-Nord et Sud-Sud. L'échange d'idées, de savoir et de compétences que permettent ces affectations, permet le développement des capacités de partenaires du Sud actifs dans la lutte contre la pauvreté.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>La FEDEVACO fait un travail d'information, de sensibilisation et de plaidoyer en faveur de l'APD auprès des élus dans le canton de Vaud (fédéraux, cantonaux et communaux). Elle soutient le travail de ses ONG membres pour sensibiliser la population vaudoise à l'importance de la mise en oeuvre de l'Agenda 2030 au niveau international.</p> |
| | <p>Universität Zürich: Am Lehrstuhl „Politische Ökonomie der Entwicklungs- und Schwellenländer“ wird zu Entwicklungspolitik und Effizienz von Entwicklungshilfe geforscht. Die Forschung zeigt auf, welche Instrumente und Politiken im Entwicklungsbereich besonders effizient sind.</p> |
| | <p>Eine Swiss Sustainable Finance Arbeitsgruppe zielt auf die Volumenerhöhung der schweizerischen Entwicklungsinvestments (Investment mit dem Ziel die Situation von unterprivilegierten Gesellschaftsschichten zu verbessern). Durch ihre Aktivitäten (Publikationen, Events, Konsultationen, politischer Dialog) arbeitet die Gruppe darauf hin, institutionelle und private Gelder in finanzielle Produkte zu leiten, welche die ökonomische Situation in Entwicklungsländern verbessern und gleichzeitig attraktive Renditen generieren.</p> |
| | <p>Global Compact Network Switzerland: UNGC Members sind in dieses SDG besonders involviert, indem sie würdige Arbeitsplätze schaffen sollen mit living wages. In der CH sind die Bedingungen sehr gut.</p> |
| | <p>Fastenopfer begleitet Stellungnahmen, um die angedachten Instrumente zur Mobilisierung zusätzlicher Mittel und den Einsatz von ODA-Mitteln möglichst armutsreduzierend einzusetzen. Dazu gehört: Domestic Resource Mobilisation nicht via MWSt sondern faire, progressive Steuerregeln, PPDP kritisch hinterfragen bezüglich Effektivität, Effizienz, klare Kriterien zu Menschenrechten und Umweltstandards.</p> |
| | <p>FAIRMED: Die Vernachlässigten Tropenkrankheiten sind ein Indikator für Ungleichheit. Dies ist die Eintrittspforte für FAIRMEDs Programme mit einem holistischen Ansatz, welcher die wichtigsten Gesundheitsdeterminanten im Projektgebiet berücksichtigt.</p> |
| | <p>L'Armée du Salut et particulièrement notre département en Suisse travaille la question de la corruption et mènent plusieurs programmes de sensibilisation, formation et mise en application de mesure visant à promouvoir une meilleure gouvernance. (Pakistan, Philippines, Haïti, Jamaïque)</p> |
| | <p>Par son travail d'information et de sensibilisation mené en collaboration avec ses associations membres, Latitude 21 contribue à informer et sensibiliser le public neuchâtelois et les collectivités publiques locales à l'importance de la mise en oeuvre de l'Agenda 2030 tant aux niveaux international, national que local.</p> |
| <p>Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs)</p> | <p>Alliance Sud & Fastenopfer: APD-Mittel in der Schweiz werden viel zu breit eingesetzt und dienen damit eher der diplomatischen Netzwerkpflege als dem eigentlichen Ziel der Armutsbekämpfung. PPDP (durch APD-Mittel mitfinanziert) bergen je nach Ausgestaltung verschiedene Risiken: wenn sie mit Schweizer Firmen eingegangen werden besteht die Gefahr einer Subventionierung von Aktivitäten, die eh stattgefunden hätten. Die Firma erhält Unterstützung für einen Markteintritt, es besteht die Gefahr von Marktverzerrung.</p> |

| | |
|---|--|
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Wir wissen heute, dass Gewalt, Konflikte, schlechte Gouvernanz, fehlende Rechtsstaatlichkeit, mangelnde Bildung, ein Mangel an Gewaltenteilung und Korruption zu den Hauptursachen von Armut und fehlender Nachhaltigkeit gehören. Dennoch sperrt die Schweiz die Armee hinter den Grenzen ein, statt, dass sie im Rahmen von internationalen Friedensmissionen zur Deeskalation und Gewaltminderung beitragen würde. Der Zusammenhang von Fragilität und Armut wird ungenügend beachtet und in Programme umgesetzt.</p> |
| | <p>Agenda 21 Wohlen bei Bern: Hier steht die Inkohärenz im Zentrum, da die Schweiz im internationalen Kontext als eine Insel des Reichtums gesehen werden kann. Die Beziehungen, welche den Reichtum fördern, sind oft ungerecht. Daher muss die Kohärenzfrage im Zentrum stehen. Pragmatisch gesehen sind aber auch die von der Schweiz bereitgestellten Mittel ungenügend.</p> |
| | <p>Universität Zürich: Die Innenpolitik versucht u.a. nationalen Industrie-, Agrar-, Immobilienlobbys gerecht zu werden, während die Aussenpolitik internationalen Normen ausgesetzt ist. Daraus ergeben sich Kompromisse, die nicht immer ganz transparent sind. Beispiel: Die Erhöhung der Entwicklungshilfe vor etwa 6 Jahren wurde als Schritt hin auf das 0,7%-Ziel, andererseits als Beitrag zu den 100 Milliarden international vereinbarter Klimafinanzierung dargestellt (die "zusätzlich" zur Entwicklungshilfe sein sollten).</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Die Aktivitäten des Staates sollten sich nicht nur auf Entwicklungszusammenarbeit beziehen; Armutsbekämpfung geschieht wesentlich durch die Mitgestaltung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. Für diese Rahmenbedingungen sollte sich die Schweiz vermehrt einsetzen.</p> |
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Scuola Vivante: Wie kann die breite Bevölkerung im Inland und in den betroffenen Ländern einbezogen werden, befähigt werden, Projekte umzusetzen; Bevölkerung, Schulen, Vereine einbezogen werden, Projekte zu unterstützen und zu fördern</p> |
| | <p>Helvetas Swiss Intercooperation: Statt die Anstrengungen zur Armutsbekämpfung ernsthaft zu unterstützen, spart das Parlament, wo es nur kann, bei der IZA - und dies auf Vorschlag des Bundesrats (EFD). Es fehlt die Einsicht, dass IZA auch im Interesse der Schweiz ist. Dies muss sich dringend ändern.</p> |
| | <p>Caritas Schweiz: Anstatt die APD schrittweise auf 0,7% zu erhöhen, verlangt die Mehrheit im Parlament Kürzungen bei der HH und insbesondere bei der langfristigen EZA. Migration/Flucht: langfristige und effektive EZA mindert strukturelle Fluchtursachen und schafft Perspektiven vor Ort. EZA darf nicht von asylpolitischen Interessen geleitet sein. Klima: der Klimawandel erschwert die Bekämpfung von Armut und Elend und löst neue Armutsfallen aus. Es braucht neue und zusätzliche Mittel für die Klimafinanzierung.</p> |
| | <p>Agenda 21 Wohlen bei Bern: Die Schweiz sollte sich vermehrt in der internationalen und der bilateralen Zusammenarbeit als glaubwürdiger Partner für NE einsetzen.</p> |

| | |
|--|--|
| | Unité: Les crédits de la coopération internationale sont régulièrement amputés et l'APD est loin du 0.7% du RNB. |
| | FEDEVACO: Nécessité de faire passer le message que les ODD doivent être atteints par tous les pays conjointement. Alléger la pression de devoir montrer des résultats à court terme de projets de développement dont les effets ne sont qu'à long terme (renforcement de la société civile, climat, etc). Montrer les contributions des petites organisations qui ont moins de moyens pour montrer les effets de leurs projets. Risque de diminutions budgétaires à tous les niveaux administratifs. |
| | Universität Zürich: • Erwartungen an Entwicklungshilfe realistischer gestalten (Vergleich damit herstellen, wie schwierig auch in der Schweiz Reformprozesse sind und was dort mit gleichem Mitteleinsatz erreicht werden könnte). • Der Versuchung widerstehen, zukünftig Entwicklungshilfe in humanitäre oder Nothilfe umzuwandeln. Dies ist langfristig kontraproduktiv. |
| | Swiss Sustainable Finance: Entwicklungsinvestments können bei der Verbesserung der ökonomischen Situation in Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielen. Damit solche Produkte ihr volles Potential erreichen können (d.h. höhere Volumen an Investment zu generieren), sollten Rahmenbedingungen in Erwägung gezogen werden, um sie für Investoren attraktiver zu gestalten. Dies könnte z.B. die Flexibilisierung von Regulierung für Pensionskassen beinhalten. |
| | Der Entwickler: Verbinden von Entwicklungszusammenarbeit und Wirtschaft: nur wer entwickelt und Menschen daran teilhaben lässt ist ein zuverlässiger Wirtschaftspartner! |
| | Fastenopfer: Im Finanzdepartement und bei einer Mehrheit im Parlament fehlt offenbar die Einsicht, dass die Schweiz ein Interesse an einer stabilen, nachhaltigen, friedlichen Welt hat. So sinken die Mittel insbesondere für die langfristige IZA. Die Schweiz bewegt sich also nicht mal in Richtung Target, sondern entfernt sich immer weiter davon. |
| | Latitude 21: Faire connaître les ODD à tous les échelons (du système politique fédéral, de la société civile, du secteur privé, monde scientifique). Susciter une adhésion large aux ODD et impliquer des acteurs à différents niveaux (agenda pour tous). Prendre en considération les contributions des petites organisations qui ont moins de moyens pour rendre visibles les effets de leurs projets. Ne pas diminuer les fonds à disposition, même si les effets ne sont pas toujours visibles à court terme. |

Target 1.b

| Target-Information | |
|------------------------|---|
| SDG-Target: 1.b | Create sound policy frameworks at the national, regional and international levels, based on pro-poor and gender-sensitive development strategies, to support accelerated investment in poverty eradication actions |



| Bestandsaufnahme des Bundes | | |
|---|---|--|
| Ebene der Bestandesaufnahme | National und international | |
| Zielsetzung des Bundes | Die Schweiz hat keine Zielsetzung, welche dem Target entspricht (innenpolitische Zielsetzung) | |
| Grundlage(n) der Zielsetzung des Bundes | ∅ | |
| Verhältnis der Zielsetzung des Bundes zum Target | Die Schweiz besitzt keine Zielsetzung, welche explizit die Entwicklung von „policy frameworks“ zur Armutsbekämpfung auf den verschiedenen föderalen Ebenen zum Ziel hat. Die Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung vom 31.03.2010 sowie das nationale Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (2014 – 2018) stellen aber erste solche „policy frameworks“ zur Armuts-bekämpfung dar. | |
| | Ist die Zielsetzung des Bundes in Bezug auf das Target weitgehend genug? | Nein |
| Indikator Schweiz | Kein Indikator | Bemerkungen: Es existiert keine Zielsetzung des Bundes. |
| SDG IAEG Indikator | 1.b.1 Proportion of government recurrent and capital spending to sectors that disproportionately benefit women, the poor and vulnerable groups | Bemerkungen: Der Indikator ist nicht produzierbar und nicht relevant für die Zielsetzung des Bundes. Er wird deshalb nicht ausgewählt. |

| Beiträge der Schweiz | |
|---|--|
| Auf Bundesebene | |
| National: | |
| <p>Mit dem auf vier Jahre befristeten nationalen Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut werden neue Grundlagen erarbeitet und die Vernetzung der hauptsächlichen Akteure (Kantone, Gemeinde, Städte, NGO, Sozialpartner) intensiviert. Diese Akteure werden dadurch auch bei der Weiterentwicklung von bestehenden Strategien und Massnahmen unterstützt. Diese umfassen z.B. die folgenden Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Chancengleichheit ab der frühen Kindheit: Begleitung von Kindern aus von Armut betroffenen Familien, Unterstützung beim Übergang Schule/Berufsbildung/Berufseinstieg, soziale und berufliche Integration • Lebensbedingungen: Familienberatung, Mietzuschüsse, Verschuldungsprävention, Information für Betroffene • Soziale und berufliche Integration von Armutsbetroffenen <p>Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Gesamtschweizerische Strategie zur Armutsbekämpfung vom 31.03.2010; Nationales Programm zur Prävention und Bekämpfung von Armut (2014 – 2018); Bieler Erklärung vom 22.11.2016 (Nationale Konferenz gegen Armut 2016)</p> | |
| International: | |
| <ul style="list-style-type: none"> • In unterschiedlichen multilateralen Organisationen setzt sich der Bund dafür ein, dass deren Fokus gender-sensibel und auf die ärmsten Bevölkerungsschichten ausgerichtet bleibt. • Unterstützung des multi-donor Fonds für Poverty and Social Impact Analysis (PSIA) der Weltbank. Durch PSIA wird in den jeweiligen Ländern überprüft, welche Auswirkungen eine geplante Reform auf die arme Bevölkerung hätte, woraufhin sie dementsprechend angepasst | |

| |
|---|
| <p>und besser auf die arme Bevölkerung ausgerichtet werden kann. Bisher gibt es PSIA in über 85 Ländern.</p> <p>Wichtige Referenzen zu den Massnahmen: Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017-2020</p> |
| <p>Auf Kantons- und/oder Gemeindeebene</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • Kantone und Gemeinden sind Teil des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut, der Bund unterstützt durch das Programm die Kantone und Gemeinden in ihren Aktivitäten, die oftmals auf „policy frameworks“ beruhen • Viele Kantone haben eine Sozialplanung, Sozialprogramme oder Massnahmenpakete und in diesem Rahmen auch eine regelmässige Armuts- oder Sozialberichterstattung • Einige Städte und Gemeinden haben ihre Massnahmen zur Armutsbekämpfung in Visionen, Strategien und Leitbildern verankert, über welche ebenfalls regelmässig Bericht erstattet wird |
| <p>Beispiele von Beiträgen nicht-staatlicher Akteure</p> |
| <ul style="list-style-type: none"> • (...) |

| |
|---|
| <p>Einschätzungen des Bundes zum Beitrag der Schweiz</p> |
| <p>Herausforderungen und Opportunitäten der Schweiz</p> |
| <p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Viele Städte und Gemeinden haben ihre Massnahmen nicht in Strategien oder Leitbildern verankert • Stärkung der Arbeitsmarktfähigkeit durch die Beschäftigungspolitik des Bundes, wie z.B. durch Bildung und Weiterbildung, kann mithelfen, dass weniger Menschen von Armut betroffen sind <p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In bilateralen Programmen der internationalen Zusammenarbeit bietet ein verstärkter Policy-Dialog mit den Regierungen von Entwicklungsländern eine Chance, dass nationale Entwicklungsstrategien noch stärker auf die arme Bevölkerung ausgerichtet und gender-sensibel ausgestaltet werden |

| | |
|---|-----------------------------|
| <p>Involvierte Bundesstellen</p> | |
| <p>National involviert</p> | <p>BSV, EBG, SECO</p> |
| <p>International involviert</p> | <p>DEZA, PD (AIO), SECO</p> |

| | |
|--|--|
| <p>Rückmeldungen aus der online-Konsultation von 26.06. – 25.08.2017</p> | |
| <p>Eigene Zielsetzung von Organisationen, die in Bezug zum Target steht</p> | <p>SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz: Gender-sensitiver Ansatz und spezieller Fokus auf vulnerable Gruppen.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont hat mit dem Programm Arbeit in Würde 2017-2020 einen Rahmen für die zukünftige Entwicklungszusammenarbeit festgelegt.</p> |
| | <p>Wir von ecos haben den Fairen Handel und nachhaltige textile Wertschöpfungsketten identifiziert als Schwerpunktbereiche in der Abteilung Green Economy, wo wir die Armut am besten bekämpfen können weltweit auch mit Aktivitäten in der Schweiz.</p> |
| | <p>Das Swiss TPH hat das Mandat ein Beitrag zur Reduktion von Armut zu leisten.</p> |

| | |
|---|---|
| <p>Beitrag von Organisationen damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <p>Die SP ist auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene aktiv und leistet innerhalb der Partei und mit den parteipolitischen Forderungen nach aussen einen Beitrag, um die Vernetzung und Kohärenz zwecks wirksamer Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 zu fördern und stärken. Zusammen mit den Organisationen, die die Zivilgesellschaft vertreten, setzt sie sich für eine gerechtere Welt ein. Die SP kann aber das fehlende Engagement der Behörden nicht kompensieren.</p> |
| | <p>Universität Bern, Centre for Development and Environment: Support of the development of policy frameworks which promote the key link between land and poverty eradication (e.g. TABI, r4d telecoupling)</p> |
| | <p>Brücke · Le pont: Als Trägerorganisation der Konzernverantwortungsinitiative setzt sich Brücke · Le pont dafür ein, dass Firmen mit Sitz in der Schweiz den Schutz von Menschenrechten und der Umwelt verbindlich in sämtliche Geschäftsabläufe einbauen.</p> |
| | <p>ecos: Mit dem Engagement im Bereich Green Economy (speziell Fairer Handel wie auch nachhaltige textile Wertschöpfungsketten) leistet ecos einen grossen Beitrag zu diesem Ziel, sowohl auf nationaler (Konsum, Sensibilisierung), wie auch internationaler Ebene.</p> |
| <p>Einschätzungen zu Kohärenzfragen in der Innenpolitik, in der Aussenpolitik und zwischen Innen- und Aussenpolitik (Synergien, Zielkonflikte, Trade-offs)</p> | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Es braucht ein Monitoring, Reporting und Evaluationsnetzwerk zwischen Bund, Wissenschaft, NGOs, Kantonen und grösseren Gemeinden mit regelmässigen Netzwerktreffen zu ausgewählten Themen der Agenda-2030-Implementierung. Es braucht Transparenz in diesen Prozessen und eine Sensibilisierung der Bevölkerung.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont: - Wirtschaft und Menschenrechte: Der internationale Trend in Richtung Sorgfaltsprüfungspflicht ist in der Schweiz noch nicht angekommen. Der Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte versteift sich auf Freiwilligkeit.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Beachtung von Armutsproblemen im Inland sowie Armutsproblematiken im Zusammenhang mit Handelsbeziehungen (wie bereits an anderer Stelle formuliert)</p> |
| <p>Einschätzungen zu den Herausforderungen, die angegangen werden müssen, damit die Schweiz das Target auf nationaler Ebene erreichen und/oder einen angemessenen Beitrag auf internationaler Ebene leisten kann</p> | <ul style="list-style-type: none"> • La coopération entre les offices • La mise en œuvre des propositions de l'Initiative de Responsabilité d'Entreprise contribuerait au développement durable |
| | <p>Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP): Längerfristig dürfte nichts an einer Regierungsreform vorbeiführen. Das EDA ist zu schwach und die sechs anderen Departemente foutieren sich nur allzu oft um die aussenpolitischen Verpflichtungen der Schweiz. Umso wichtiger ist ein unabhängiges Monitoring-System und die Operationalisierung der Agenda-2030-Ziele. Die Messbarkeit erhöht den politischen Druck, mit wirksamen Mitteln an der Implementierung zu arbeiten. Wir sind es unseren Kindern schuldig.</p> |

| | |
|--|--|
| | <p>Schweiz. Spielgruppen-LeiterInnen-Verband SSLV: Das Zusammenarbeiten aller Ämter und Behörden die mit der frühen Kindheit zu tun haben erwirken (Gesundheit, Bildung, Soziales, aber auch Arbeitgeber, Migration). Der Gesellschaft von morgen überhaupt eine Chance geben. Jeder Franken der in die frühe Kindheit investiert wird erspart mindestens 2 Franken die später nicht investiert werden müssen.</p> |
| | <p>Brücke · Le pont: - Die Umsetzung der Vorschläge der Konzernverantwortungsinitiative würde einen Beitrag für die nachhaltige Entwicklung leisten.</p> |
| | <p>Evangelische-reformierte Landeskirche des Kantons Zürich: Individuellen materiellen Wohlstand nicht nur als Ergebnis eigener Leistung betrachten, sondern Lebenslagen als ein Ergebnis aus Eigenleistungen und guten Bedingungen, zuweilen auch "glücklichen Umständen" betrachten > Gerechtigkeit als Verteilungsgerechtigkeit ernst nehmen.</p> |